Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 67. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 9. Februar 1877.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

15. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 8. Februar).

10 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, von Kameke, Achenbach, Geheime Räthe Schöne, Grandke, Herrmann, Oberstlieutenant Rautenberg u. A.

Vom Finanz- und Handelsminister ist dem Hause eine Vorlage, betreffend die Uebernahme einer Zins-Garantie für eine Prioritäts-Anleihe der Berlin-Dresdener Eisenbahn-Gesellschaft bis auf Höhe von 22,940,000 M. zugegangen.

Das Haus beschließt nach dem Antrage des Abg. Stengel, den 28sten Bericht der Staatsschuldencommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im J. 1875 der Budgetcommission zu überweisen und geht dann zur 3. Berathung des Gesetzentwurfs, betr. eine anderweite Einrichtung des Zeughauses zu Berlin, über.

Zur Generaldiscussion nimmt zunächst das Wort Abg. Röckerath. Im vor. Jahre hat kein einziger von den liberalen Mitgliedern des Hauses es auf sich nehmen mögen, diese Ruhmeshallenvorlage auch nur mit einem einzigen Worte zu befürworten. Der Abg. Windthorst (Bielefeld) sprach mit Emphase aus: In einer Zeit der wirthschaftlichen Noth und Krisis bewilligen wir die Gelder der Steuerzahler nicht für Ruhmeshallenzwecke. Und in diesem Jahre stimmen nicht nur die Nationalliberalen wie ein Mann, sondern auch die Mitglieder der Fortschrittspartei für dasselbe Project und derselbe Abg. Windthorst (Bielefeld) kann nicht Worte genug finden, den edlen, schönen Zweck dieser Geldbewilligung mit Begeisterung hervorzuheben. Was ist denn nur geschehen, um solche Wendung zu rechtfertigen? Hat etwa die wirthschaftliche Krisis aufgehört? ist etwa die Noth des Volkes geringer geworden? Wer würde Angesichts der schreienden Thatsachen, die uns tagtäglich die traurige Lage des Landes vor Augen führen, eine solche Behauptung wagen. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, den im vorigen Jahre das ganze Haus diesem Project gegenüber einnahm, und überlassen es denen, die heute über dieselbe Sache entgegengesetzt stimmen, wie im vorigen Jahre, das Geld zu bewilligen.

Abg. Virchow spricht zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß sich an die Berathung einer Vorlage, wie die in Rede stehende, eine so große Annexionsdebatte knüpfen konnte. Er sei dieser Vorlage deshalb so geneigt, weil sie einen berechtigten Gedanken der Vollendung entgegenführt, nämlich das Zeughaus, eines der schönsten Schmuckhäuser der Stadt, in einer der schönsten Straßen der Welt gelegen, von seiner magazinartigen Verwendung zu einem seiner architektonischen Form entsprechenden Zwecke zu führen. Man tadele, daß dieser Zweck ein brandenburgisch-preußischer sei; allein er, der Redner, glaube, daß sich daraus ein deutsches Waffenmuseum entwickeln werde, gegen welches ja auch der Abg. Röckerath sich nicht ganz ablehnend verhalte. Daß es gleichzeitig ein ehrenvolles Monument der brandenburgisch-preußischen Armee sein werde, liege eben darin, daß lange Zeit der brandenburgisch-preußische Staat der Hauptträger des deutschen Waffenwesens gewesen ist. Man wird wahrscheinlich auch über den Anfang der brandenburgischen Geschichte hinausgreifen, wenn sich gute Exemplare älterer deutscher Waffen finden. Die Mitt l gehen nicht über das hinaus, was für andere wissenschaftliche Sammlungen bewilligt wird, und es kann nur erfreulich sein, wenn man gleichzeitig der Armee die ihr gebührende Anerkennung bezeugen und einen monumentalen Bau einem höheren, edleren Zweck zuführen kann. Es muß bezweifelt werden, ob in den nächsten Jahren ein Reichskanzler oder ein Bundesrath da ist, der auf die Ansprüche des Reiches zu Gunsten solcher Anlagen zu verzichten bereit ist; die politische Entwickelung, besonders der auswärtigen Angelegenheiten, könne ja eine derartige sein, daß Niemand an ein Zeughaus und Waffenmuseum denke. Redner regt dann noch den Gedanken an, ob es sich nicht ermöglichen lassen werde, den berühmten Fries von Siemering, der an dem Monumente auf dem Schloßplatze die Bewunderung Aller erregte und beim Volke sehr beliebt geworden ist, im Zeughause mit zur künstlerischen Darstellung zu bringen. Uebrigens zieme es sich doch für einen großen Staat, wie Preußen, ein derartiges, nicht blos historisches, sondern auch wissenschaftliches Bedürfniß zu befriedigen, wie dies fast alle europäischen Staaten, sogar das kleine Sardinien, ehe es in Italien aufging, gethan haben. Das kühle Verhalten der Fortschrittspartei im Vorjahre erkläre sich daher, daß die Vorlage mit Ostentation die Schaffung einer Ruhmeshalle für die Armee forderte. Die Finanzlage des Landes ist allerdings eine durchaus unerwünschte; aber wenn die Kosten aus der französischen Kriegsentschädigung bestritten werden, so liegt darin ein milderndes Moment und eine Art besonderer Anerkennung für die Armee. Aus Steuern diese Summe zu bewilligen, würde sich Redner vielleicht auch nicht entschließen können.

Graf Nayhauß-Cormons kann die Vorlage vom rein militärischen Standpunkte aus erklärlich finden, allein die Finanzlage des Landes und die Rücksichtsnahme auf die Gefühle der annectirten Provinzen zwinge ihn, gegen die Vorlage zu stimmen.

Abg. Götting: Als ich bei der ersten Berathung dieses Gesetzes vom deutsch-patriotischen Standpunkte aus für dasselbe eintrat, nahm der Abg. Windthorst (Meppen) Veranlassung, in ziemlich maßloser Weise über meine Aeußerungen seinerseits sich auszulassen, indem er mir vorwarf, ich hätte meine berechtigten hannöverschen Eigenthümlichkeiten preisgegeben; er führte dann aus, daß man die deutschen Gefangenen bei den römischen Triumphen gezwungen habe, die Siegestrophäen zu tragen, daß sich aber die Niedersachsen nicht freiwillig gestellt hätten; erst mir sei es vorbehalten gewesen, freiwillig zum Bannerträger der Trophäen mich herzugeben. Ich weiß nicht, daß ich durch meine Aeußerungen dem Abg. Windthorst Gelegenheit gegeben habe, mich derartig persönlich anzugreifen. Wenn er dann speciell an die sächsische und niedersächsische Zähigkeit des Charakters erinnerte, welche besser am Vaterlande festhielt, so muß ich sagen, ich habe meinen niedersächsischen Nacken noch unter kein Joch gebeugt, auch nicht unter das Roms (Bewegung im Centrum). Wenn es aber sein sollte, so spanne ich mich lieber an einen preußisch-deutschen Siegeswagen, als, wie es die geistigen Epigonen unserer Rheinbündler noch thun oder thun möchten, vor den Kampfeswagen Frankreichs. (Große Unruhe im Centrum.)

Damit schließt die Generaldiscussion.

Zur persönlichen Bemerkung erhält das Wort der Abg. Windthorst (Meppen). Der Abg. Götting hat einige 24 Stunden gebraucht, um eine Erwiderung auf meine Rede bei der ersten Berathung zu geben. Was ich gesagt habe, ist vollständig von mir begründet. Wenn er meint, daß ich mich unter ein gewisses Joch gebeugt habe, dann irrt er sehr. Ich stehe da, wo ich stehe, nicht gebeugt, sondern aus voller reiner Ueberzeugung, vollkommen frei und bewußt, daß ich nur in Freiheit das bekenne, was ich ausspreche. Wenn aber der Vorredner vom Ziehen am französischen Wagen spricht, so erkläre ich das für eine Denunciation, die ich im Hause für unmöglich gehalten hätte. Ich protestire dagegen und fordere den Herrn auf, hier zu zeigen, wo und wie ich oder meine Freunde irgend wie an einem solchen Wagen zögen. Solche Beschuldigungen sind abscheulich! (Beifall im Centrum.)

Präsident von Bennigsen: Ich muß bemerken, daß ich in der That die Aeußerung des Abg. Götting nicht ganz deutlich ihrem Sinne nach verstanden habe. Ich möchte denselben bitten, das Gesagte näher zu erläutern.

Abg. Götting: Ich weiß nicht, wie der Abg. Windthorst das, was ich über den Sinn meiner vorigen Aeußerungen, die ihn zu so schweren Angriffen gegen meine Person veranlaßt haben, gesagt habe, persönlich auf sich beziehen kann, als ob ich ihn beschuldigte, daß er sich vor den französischen Siegeswagen spanne. Ich habe früher vom deutschen Standpunkte aus die Verhältnisse von 1866 beurtheilt. Deshalb hat mich der Abg. Windthorst zum Bannerträger beliebiger Siegestrophäen gemacht und hat mir vorgeworfen, daß ich selbst meine landschaftliche Eigenthümlichkeit des zähen Charakters vollständig aufgegeben habe, er hat mich dem Kreise, der auf seine Worte zu hören pflegt, denuncirt als einen Mann, auf dessen Ansichten wenig zu geben sei, weil er keinen rechten Charakter und Gemüth habe für sein specielles Vaterland. Ich habe dagegen alles von mir früher Gesagte aufrecht erhalten und gesagt, daß ich ein Spannen vor den preußischen Siegeswagen, wenn überhaupt solches von mir verlangt würde, dem Spannen vor den französischen Kampfwagen vorziehe. Wir wissen, daß bei uns seit den Ereignissen von 1866 ein Theil — allerdings kein großer — des deutschen Vaterlandes in rheinbündlerische Gelüste verfallen ist (Rufe im Centrum: Oho!), wie die süddeutsche Presse uns stets gezeigt hat. (Hört! Hört!) Es ist wiederholt in süddeutschen Blättern geäußert, daß man die Niederlage im Kampfe mit Frankreich wünsche (Widerspruch im Centrum). Allerdings nur in einzelnen baierischen Blättern, aber geschehen ist es und darin kann doch nichts Verletzendes für den Abg. Windhorst liegen, wenn ich dieses Factum hier ausspreche.

Präsident von Bennigsen: Die Richtigkeit der Aeußerung des Abg. Götting von vorhin und jetzt habe ich nicht zu untersuchen. Das muß ich aber allerdings aussprechen: wenn ich dieselbe so hätte auffassen sollen, daß sie irgend welche Beziehung zu einem Mitgliede dieses Hauses, speciell zum Abg. Windthorst hätte haben sollen, dann würde ich sie nicht als parlamentarisch richtig haben durchgehen lassen.

Abg. Windthorst (Meppen): Wenn der Abg. Götting überhaupt etwas sprechen wollte, was Sinn hat (Oho! links) — und das setze ich voraus — dann mußte seine Aeußerung als gegen mich gerichtet angesehen werden. Wenn er da von geistigen Epigonen des Rheinbundes ꝛc. sprach, so konnte ich das nur auf mich und meine Freunde beziehen. Ich will übrigens, da er es selbst für nöthig gefunden hat, ausweichende nichtssagende Erörterungen eintreten zu lassen, auf die Sache augenblicklich nicht weiter eingehen, bitte aber den Herrn Präsidenten, sich das Stenogramm des Abg. Götting vorlegen zu lassen und dann zu sagen, ob nicht doch etwas mehr als eine Bemerkung nothwendig ist, damit die Angelegenheit von ihm parlamentarisch behandelt werde.

Präsident v. Bennigsen: Herr Abg. Windthorst! Ich möchte annehmen, daß die Sache jetzt erledigt ist, nachdem ich die Worte so aufgefaßt habe, wie der Abg. Götting sie erläutert hat. Ich möchte überhaupt bitten, daß Sie mir doch das Amt des Vorsitzenden nicht zu sehr erschweren. (Sehr wahr!) Es ist ja sehr schwer bei den großen Gegensätzen, wie sie hier im Hause sind, und bei den verschiedenen Vorlagen nothwendig zur Erscheinung kommen müssen, alles Verletzende zu vermeiden; aber wenn in der Art und Weise, wie das verschiedentlich geschehen ist, persönliche Angriffe von der einen oder anderen Seite vorkommen, wo ich jeden Augenblick prüfen muß, ob die parlamentarische Grenze innegehalten ist. oder ob es zulässig ist, daß der Präsident einschreitet, dann wird die Leitung der Verhandlung und die Verhandlung selbst aufs Aeußerste erschwert, und ich möchte bitten, daß von allen Seiten an dieses Vorgehen wenigstens die Absicht geknüpft wird, nicht unnöthig zu verletzen. (Beifall)

Abg. Windthorst (Meppen) zur Geschäftsordnung: Ich finde die Ermahnungen des Herrn Präsidenten vollständig in der Ordnung, aber ich denke, daß mir das Recht zusteht, zu bemerken, daß ich keinerlei Veranlassung in diesem Augenblick dazu gegeben habe.

Präsident v. Bennigsen: Ich habe ausdrücklich vermieden, einzelne Personen zu nennen, ich habe von den Verhandlungen heute und bei der zweiten Lesung gesprochen und daran meinen Wunsch geknüpft. Weiteres habe ich nicht gethan.

Abg. Dr. Lasker (zur Geschäftsordnung): Ich gestatte mir zu bemerken, daß die neuliche Kritik des Abg. Windthorst gegen den Abg. Götting auf dieser (linken) Seite des Hauses den allgemeinsten und, wie ich glaube, berechtigtsten Unwillen hervorgerufen hat. (Sehr wahr! links.)

Der Gesetzentwurf wird hierauf in seinen einzelnen Paragraphen und dann im Ganzen mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung des Etats des Ministeriums des Innern.

Zu Titel 2 Cap. 89 der dauernden Ausgaben befürwortet Abg. Nasse Namens der Budgetcommission den Antrag, die in diesen Etatstiteln enthaltene Erhöhung des Gehaltes der Unterstaatssecretäre von 15,000 auf 20,000 Mark nicht zu bewilligen und demgemäß das Gehalt der Unterstaatssecretäre auf je 15,000 Mark festzusetzen. Die Regierung habe die Erhöhung motivirt durch den Hinweis auf die gleiche Gehalshöhe der Unterstaatssecretäre des Deutschen Reiches. Diese Motivirung konnte aber für den preußischen Staat in keiner Weise maßgebend sein; denn das Reich fühlte gerade die Nothwendigkeit, seine Unterstaatssecretäre besser zu stellen als die Einzelstaaten und namentlich als Preußen. Diese Absicht des Reiches, ein Differenz in dem Gehalt dieser Beamten im Reiche und in den Einzelstaaten eintreten zu lassen, würde durch die hier geforderte Erhöhung illusorisch gemacht werden, wenn nicht etwa das Reich nun wiederum eine erneute Erhöhung eintreten lassen wollte. Aus diesem Grunde habe die Budgetcommission einstimmig die Absetzung der Erhöhung beschlossen.

Abg. v. Saucken (Tarputschen) hebt hervor, daß die im Etat unter diesem Titel angegebene Stelle eines Unterstaats-Secretärs mit 20,000 M. Gehalt in Wirklichkeit gar nicht existire, ohne daß doch in den Bemerkungen zum Etat diese Summe als erspart angegeben werde. Auf eine Anfrage in der Budget-Commission wurde von der Regierung die Antwort ertheilt, daß dies Gehalt zu Remunerationen verwendet würde. Es habe diese Angabe allgemein ein peinliches Erstaunen erregt und er beantrage daher, das Gehalt für diese nicht existirende Stelle im Etat abzusetzen.

Abg. Lipke erklärt sich bereit, nach dem von der Commission beantragten Abstrich in den Gehältern der Unterstaats-Secretäre die Stelle zu bewilligen, falls die Regierung erklärt, das Gehalt eventuell als erspart im Etat aufzuführen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: In den preußischen Ministerien existiren entweder Unterstaats-Secretäre oder Directoren, oder beide gleichzeitig. Beide bilden eine ganz nothwendige Mittelstufe zwischen den vortragenden Räthen und dem Minister insofern, als es keinem preußischen Minister möglich ist, die Superrevision der Sachen in ihrem Eingange und Ausgange im Ganzen vorzunehmen. Der Minister kann nur dasjenige Material prüfen und verfolgen, was von besonderem Interesse für ihn und die Staatsverwaltung ist. Durch die Streichung der Unterstaatssecretärstelle würden Sie mir diese Vermittelung unmöglich machen, da ich Directorenstellen nicht habe. Ich habe bisher einzelne Räthe meines Ressorts mit den Geschäften der Directoren beauftragt und sie dafür remunerirt aus dem Gehalt der nicht besetzten Unterstaats-Secretärstelle. Daß die Stelle bisher unbesetzt blieb, liegt einfach an der Schwierigkeit, für diesen Posten Beamte zu gewinnen. Denn dieser Posten ist vielleicht der schwierigste und penibelste des ganzen preußischen höheren Beamtenthums, da er einerseits eine sehr große Verantwortlichkeit trägt für seine Geschäfte, dagegen andererseits ganz und gar keine persönliche Einwirkung auf die leitenden Entschlüsse besitzt. Jahre lang bin ich bemüht gewesen, eine geeignete Persönlichkeit für diese Stelle zu finden; ich habe sie erst finden können, als davon die Rede war, das Gehalt dafür um 5000 Mark zu erhöhen. Seitdem nun diese Erhöhung vom Hause abzulehnen beantragt ist, habe ich auch diesen Aspiranten wieder verloren.

Abg. Virchow: Schon allein aus dem Umstande, daß Jahre lang eine solche Stellung im Ministerium des Innern ebenso, wie im Handelsministerium unbesetzt geblieben ist, folgt, daß diese Stellen für die Ministerien kein nothwendiges Bedürfniß sind. Die Einrichtung der Unterstaatssecretäre ist bekanntlich aus England zu uns herüber gekommen. Dort hat der Unterstaatssecretär eigentlich die Stellung des Ministers, des ständigen leitenden Verwaltungsbeamten neben dem wechselnden parlamentarischen und politischen Staatsminister. Wenn wir parlamentarische Minister hätten, bei denen die Möglichkeit vorhanden wäre, sie von Zeit zu Zeit los zu werden (Heiterkeit), so würde ich auch geneigt sein, eine solche ständige administrative Position zu bewilligen, gegenüber der Ständigkeit der Minister aber kann ich ein Bedürfniß für diese Stelle nicht anerkennen und werde daher für Absetzung der Position stimmen.

Handelsminister Achenbach: Ich meine doch nicht, daß das Amt des Ministers als so dauernd angesehen werden kann, Ausnahmen kommen ja vor, daß es nicht höchst nothwendig erschiene, eine ständige Persönlichkeit in der Leitung der Verwaltung zu haben. Was mein Ressort betrifft, so hebe ich nur hervor, daß die Geschäfte des Handelsministeriums seit 1867 sich um ein volles Drittel vermehrt haben. Ich gehe gegenwärtig mit der Absicht um, diese Unterstaatssecretärstelle in meinem Ressort definitiv zu besetzen und ich kann das Haus nur dringend bitten, nicht durch Annahme der hier gestellten Anträge die Verwaltung zu erschweren.

Abg. Graf Limburg (Stirum) bittet gleichfalls sowohl den Antrag der Budget-Commission wie den des Abgeordneten von Saucken abzulehnen; durch den letzteren werde es dem Minister des Innern geradezu unmöglich gemacht, die Verwaltung weiter zu führen, da er keine Mittel haben würde, die unumgänglich nothwendigen Directorialarbeiten herzustellen.

Abg. Windthorst (Meppen) bittet das Haus den Antrag Saucken auf Absetzung des Unterstaatssecretärgehalts anzunehmen, da es durchaus ungerechtfertigt sei, für eine Stelle Geld zu bewilligen, die seit langen Jahren unbesetzt sei und völlig in der Luft schwebe.

Abg. Lasker: Ich muß es für einen äußerst unbefriedigenden Zustand erklären, daß unsere höchsten Staatsbehörden nicht durch Gesetz, sondern lediglich durch den Etat organisirt sind. Namentlich beim Ministerium ist es nothwendig, daß man die Personen kenne, welche an der politischen Vertretung Theil nehmen. Mir gefällt der Zustand durchaus nicht, wie er bis jetzt im Ministerium des Innern obgewaltet hat. Ich bin ein Anhänger der Unterstaatssecretäre für alle Ministerien, weil ich es für einen politischen Schaden halte, wenn unsere Minister gedrängt werden, ihre eigenen Bureaubeamten zu sein und mit Arbeiten sich aufzuzehren, die neben einer großen Leitung der Landesangelegenheiten nicht möglich sind. (Sehr richtig!) Nun führt uns aber der Minister des Innern jährlich den Posten eines Unterstaatssecretärs im Etat war und macht diesen zu einer völlig mystischen Person. Man könnte eben so gut wie von einem „ausgestopften Hauptmann“ von einem „ausgestopften Unterstaatssecretär“ sprechen (Heiterkeit); er erscheint jährlich wieder, und wenn wir fragen, wozu er nothwendig ist, so hören wir, daß nicht seine Person genannt ist, sondern sein Gehalt. (Sehr wahr!) Er hat uns auch keineswegs den ganzen Grund gesagt, weshalb er bisher ohne Unterstaatssecretär ausgekommen ist und ich will dem Hause die Ergänzung zu seinen Gründen mittheilen. Dieselbe liegt in der Eigenthümlichkeit, daß man bis in die höchsten Stellen hinauf persönliche und bureaukratische Rücksichten walten läßt.

Wenn sich der Minister dazu entschließen könnte, einen tüchtigen, jüngeren Mann, der noch nicht so weit aufgerückt ist, in die rechte Stelle zu bringen, dann würde er Unterstaatssecretaire in Masse bekommen, so aber ist immer die Frage: wie viel Dienstjahre hat der Mann? wie lange ist er bereits Ober-Regierungs-Rath? und welche Orden hat er bereits bekommen? (Sehr wahr!) Alles Dinge, die rein äußerlicher, decorativer Natur sind und mit den Landesgeschäften nicht das Mindeste zu thun haben. Mit solcher bureaukratisch abgelebten Methode kann man allerdings einen großen Staat nicht regieren. Das ist der Grund, weshalb dieser Posten so lange unbesetzt geblieben ist. Nun habe ich allerdings nicht den Wunsch, einem berechtigten Anspruch des Ministers des Innern entgegenzutreten. Ich habe nichts dagegen, daß eine gewisse Remuneration für die nothwendigen Directorialgeschäfte gewährt werde. Dazu brauchen aber nicht 15,000 Mark verwendet zu werden. Um daher Vorsorge zu treffen, durch welche die Bewilligung auf das richtige Maß zurückgeführt wird und zugleich eine Budgetfrage, wie es die vorliegende ist, in unserem Sinne zur Erledigung zu bringen, stelle ich den Antrag, dem Titel folgende Bemerkung hinzuzufügen: „Aus dem Gehalte des Unterstaatssecretairs können 3000 Mark zur Remuneration an zwei mit den Directorial-Geschäften betraute Räthe bewilligt werden.“ Dadurch bekommen wir eine klare Position und wissen, daß der Minister nicht berechtigt ist, einen Pfennig mehr aus diesen 15,000 Mark zu nehmen, als wir bewilligt haben, und wir machen zugleich dem Mißbrauch, der bisher mit der figurativen Stellung des Unterstaatssecretairs getrieben ist, ein Ende.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich bin der Ansicht, daß die Nothwendigkeit der Staatssecretäre von den Ministern nachgewiesen worden ist. Ich stimme auch für die Erhöhung des Gehalts, weil ich mich überzeugt habe, daß gerade die höheren Beamten am schlechtesten besoldet sind im Verhältniß zu den übrigen. Selbst beim Minister ist seit Jahren keine Gehaltsaufbesserung gemacht worden, so daß ich nicht weiß, wie ein Minister mit einem solchen Gehalt auskommen kann. Aus ökonomischen Rücksichten wird der Minister jedenfalls nicht so lange auf seinem Posten bleiben, wie neulich angedeutet wurde. Ich kann nur glauben, daß dies lediglich wegen der angenehmen Beziehungen zu dem Parlament geschieht. (Heiterkeit.) Eine Erhöhung des Gehalts für die Staatssecretäre in Preußen scheint mir also dringend geboten; was man draußen im Reiche darüber denkt, halte ich für völlig gleichgiltig (Heiterkeit). Was den Antrag Lasker anbetrifft, so stimme ich gegen denselben, eventuell bitte ich, ihn an die Budgetcommission zu verweisen.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich kann erklären, daß ich mit dem Antrage Lasker einverstanden bin.

Unmittelbar vor der Entscheidung über die verschiedenen Anträge beantragt Abg. Richter (Hagen), über den Antrag Lasker namentlich abzustimmen. Abg. Lasker bestreitet die Zulässigkeit eines solchen Antrages nach dem Schlusse der Debatte. Es knüpft sich hieran eine lange Geschäftsordnungs-Debatte, die damit endet, daß Abg. Windthorst über sämmtliche Anträge namentlich abzustimmen beantragt. Der Ausführung dieses Antrages kommt das Haus dadurch zuvor, daß es die ganze Angelegenheit in die Budgetcommission zurückverweist.

Die Cap. 90 und 91 enthalten die Ausgaben für das statistische Bureau und das meteorologische Institut.

Abg. Schmidt (Stettin): Das Abgeordnetenhaus hat heute 3 Mitglieder für die statistische Centralcommission gewählt und ist letzterer nach einem Erlasse die Aufgabe überwiesen, ein einheitliches Zusammenwirken sämmtlicher Zweige der Staatsverwaltung dahin zu vermitteln, daß auf allen der Statistik zugänglichen Gebieten sowohl für das Bedürfniß der Gesetzgebung, der Verwaltung und des öffentlichen Lebens als auch mit Rücksicht auf die Anforderungen der Wissenschaft hinsichtlich der Grundlagen, der Ausdehnung und der Art der statistischen Erhebungen nach gleichmäßigen Grundsätzen methodisch und planmäßig verfahren, die Ausführung und Zuverlässigkeit der Erhebungen sichergestellt, die Verarbeitung, sowie die Verwerthung der gewonnenen Ergebnisse in zweckentsprechender Weise bewirkt werde. Allgemeine und periodische Erhebungen der vorgedachten Art sollen ferner ohne vorgängige Anhörung dieser Commission weder von den Central- noch von den Provinzialbehörden mit Ausnahme einiger Detailerhebungen veranlaßt werden. Hiernach hat die Centralcommission eine wichtige Stellung; die ihr angehörigen Mitglieder des Herren- und Abgeordnetenhauses können einen wichtigen Einfluß ausüben, wie solcher im Interesse der Wissenschaft und Verwaltung nothwendig erscheint. Um so bedauerlicher ist es, daß die statistische Centralcommission weder im vorigen noch in diesem Jahre zu einer Sitzung zusammenberufen wurde, obwohl es an Berathungsgegenständen nicht gefehlt hätte. Im statistischen Büreau bildet sich eine besondere Abtheilung zur Bearbeitung der Schulstatistik aus und könnte die Central-Commission für eine so wichtige Arbeit ihren Rath sehr wohl ertheilen und Vorschläge machen. Der Vorsitzende soll die Commission zu regelmäßigen und nöthigenfalls außerordentlichen Sitzungen zusammenberufen, wenn aber die statistische Centralcommission weder zu einer regelmäßigen noch zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten ist — so würde es sich empfehlen, wenn der Herr Minister des Innern durch seine Commissare oder die der Commission angehörigen Mitglieder des hohen Hauses dafür eintreten möchte, daß letztere nicht einschliefe und kein Scheindasein fristete.

Die Publicationen des statistischen Bureaus haben einen guten Fortgang genommen; — so ist kürzlich zum vierten Male das statistische Jahrbuch erschienen, das in vielen Exemplaren auch den Mitgliedern des hohen Hauses kostenfrei zugegangen ist. Dasselbe hat einen reichen Inhalt, der ebensowohl für die Gesetzgebung, wie für die Verwaltung wichtig ist, es ist nur bedauerlich, daß die statistischen Veröffentlichungen noch nicht die Anerkennung und Verbreitung finden, welche sie verdienen. Das statistische Seminar ist gut besucht und ziehen seine Vorlesungen auch zahlreiche Herren aus dem Auslande an. Das meteorologische Institut hat keinen inneren Zusammenhang mit dem statistischen Bureau und würde kein Widerspruch erfolgen, wenn dasselbe dem Ministerium des Unterrichts zugewiesen und mit der Sonnenwarte, dem astrophysikalischen Institute in Potsdam vereinigt würde. Vor dieser Vereinigung müßten aber die Ausgaben

für dasselbe einer wohlwollenden Kritik unterzogen und im Interesse der Sache angemessen erhöht werden.

Regierungs-Commissar Geheimrath Herrfurth: Ein großer Theil der Geschäfte der statistischen Central-Commission ist an das Reich übergegangen, doch bleiben ihr immerhin noch hinreichende Arbeiten, und ich kann schon jetzt mittheilen, daß wahrscheinlich im nächsten Monat eine Sitzung stattfinden wird. In Bezug auf das statistische Bureau bin ich mit der Anerkennung des Abg. Schmidt vollständig einverstanden; es wird ja dasselbe auch vom Auslande als eines der ersten, wenn nicht als das erste bezeichnet. Was die Verbindung des meteorologischen Instituts mit dem statistischen Bureau anbetrifft, so erkennt die Staatsregierung an, daß dieselbe nicht in der Natur der Sache begründet ist, sondern nur auf der historischen Entwickelung beruht. Die Regierung hat deshalb auch schon einleitende Schritte zur Auflösung dieser Verbindung gethan und die nöthigen Verhandlungen angeknüpft, sowie die erforderlichen Gutachten, insbesondere vom Professor Karsten in Kiel, eingefordert. Die Absicht ist, das Institut als Mittelpunkt der meteorologischen Beobachtungen in Deutschland zu erweitern und ihm auch die erdmagnetischen Beobachtungen zuzutheilen, vielleicht dasselbe in Verbindung mit der deutschen Seewarte zu bringen.

Abg. Windthorst (Meppen) tadelt, daß die Unterbeamten des statistischen Bureaus nicht wie bei anderen Behörden in verschiedenen Rangklassen rangiren, damit ihnen die Möglichkeit geboten werde, in eine besser dotirte Stelle aufzurücken, und wünscht eine Aenderung im nächsten Etat.

Abg. Schmidt (Stettin) ist mit dem Vorredner einverstanden und fügt noch hinzu, daß auch die Hilfsbeamten bei der Aufstellung des nächsten Etats, mit Wohnungsgeldzuschüssen auch die Hilfsarbeiter des statistischen Büreaus bedacht werden mögen.

Geh. Rath Herrfurth führt aus, daß eine Eintheilung der Unterbeamten des statistischen Büreaus in verschiedene Rangklassen wegen der eigenthümlichen Beschäftigung derselben nicht thunlich sei, daß aber das Durchschnittsgehalt derselben zu ihrem Vortheil normirt sei. Den Hilfsarbeitern könnten so lange keine Wohnungsgeldzuschüsse gewährt werden, als ihre Stellen nicht zu etatmäßigen umgewandelt seien.

Die Kapitel 90 und 91 werden genehmigt.

Zu dem Etat des Oberverwaltungsgerichts beantragt Abg. Gneist zwei neue Rathsstellen, indem er darauf hinweist, daß sich bei Aufstellung des Etats eine derartige Arbeitsvermehrung noch nicht habe übersehen lassen, wie sie thatsächlich in den beiden letzten Monaten stattgefunden und welche im gegenwärtigen Monate das Doppelte erreiche von dem, was im Herbst des vorigen Jahres zu erledigen war. Jene Vermehrung sei nicht eine zufällige, sondern werde stetig weiter gehen, und besonders in der nächsten Zeit sei die Massenvermehrung zu erwarten, welche der Competenzgerichtshof veranlassen würde. Hierbei sei aber besonders noch zu berücksichtigen, daß vom Oberverwaltungsgericht keine Hilfsarbeiter angestellt werden dürften, da es demselben ja von vornherein bei seiner Constituirung zur Bedingung gemacht worden, daß es nur aus ordentlichen etatsmäßigen Richtern bestehe. Somit werde eine unlösbare Schwierigkeit entstehen, wenn nicht eine Vermehrung der Rathsstellen einträte.

Regierungs-Commissar Geheimrath Herrfurth erkennt die augenblickliche Arbeitsüberhäufung an, doch sei dieselbe nicht so groß, daß eine Vermehrung der Stellen absolut nothwendig wäre. Wenn das Haus jedoch in seiner Majorität den Wunsch habe, so wolle er nicht widersprechen.

Abg. v. Meyer (Arnswalde) erklärt sich gegen den Antrag. Man überschätze gewöhnlich die Arbeitslast neugeschaffener Institute, wie er das bei den Kreisvertretungen erlebt habe. Die Landräthe seien auch mit Arbeit überhäuft, aber man würde sie sehr ansehen, wenn sie neue Hilfskräfte fordern würden.

Abg. Dr. Lasker: Wenn wir uns bei den anderen Budgetposten abmühen, eine Möglichkeit zur Streichung oder Erniedrigung zu finden, und wenn wir dabei den Pfennig gleichsam als Thaler ansehen, so ist hier gerade der Ort, wo wir den Thaler als Pfennig ansehen müssen. Wir können uns unmöglich der Gefahr aussetzen, daß die Geschäfte des obersten Gerichtshofes in Rückstand bleiben, Derselbe ist von einer solchen Wichtigkeit und so der Schlußstein unserer ganzen Selbstverwaltungsreform, daß von der Regierung wirklich Muth dazu gehört, eine Vermehrung der Arbeitskräfte abzuweisen. Wenn der Abg. Meyer auf die Landräthe exemplificirt, so gebe ich ja sehr gern zu, daß dieselben häufig mit Arbeiten überlastet sind, aber es ist doch ein großer Unterschied zwischen ihnen und dem höchsten Verwaltungsgerichtshof. Die scheinbar geringe Zahl der von dem letzteren erledigten Sachen beweist gar nichts, denn seine Arbeiten gehören zu den allerschwierigsten und ich will lieber fünf juristische Erkenntnisse machen als eine Entscheidung in Sachen treffen, wie sie diesem Gerichtshofe vorliegen. Ich bin sogar überzeugt, daß wir im October eine weitere Vermehrung der Rathsstellen vornehmen müssen und später mehrere Senate und mehrere Präsidenten haben werden. Um die Abstufung der Gehälter genau zu regeln beantrage ich, dem Posten „5 Räthe mit 7,500 Mark bis 9,900 Mark" den Zusatz zu geben: „in Abstufungen von 600 Mark".

Abg. v. Benda ersucht die Regierung, sich strikte mit dem Antrage einverstanden zu erklären, da es Usus in der Budgetcommission sei, keine neue Etat-Erhöhung zu machen, der die Regierung nicht selber zugestimmt habe.

Abg. v. Heyden ist der Ansicht, daß bei der Wichtigkeit der Angelegenheit die Commission wohl diesmal eine Ausnahme von ihrer bisherigen Praxis machen müsse.

Abg. Windthorst (Meppen) erklärt, daß er gegen die neuen Rathsstellen stimmen werde, weil den westlichen Provinzen, diesen Heloten des preußischen Staates (Oho!), die Wohlthat der Selbstverwaltung bisher noch nicht zu Theil geworden. Uebrigens habe der Verwaltungsgerichtshof selbst noch nicht einmal eine Beschwerde bei der Regierung eingereicht.

Abg. Dr. Gneist betont, daß die Klage der Geschäftsüberhäufung von sämmtlichen Mitgliedern des Gerichtshofes getheilt werde, und daß die Beschwerde schon auf dem Wege zum Ministerium sei.

Abg. Dr. Miquel: Ich muß mich darüber beklagen, daß trotz der großen Zahl der neu geschaffenen Beamtenkategorien die alten Beamten nicht verschwinden. Wir haben jetzt die Selbstverwaltungsbehörden geschaffen, ein Oberverwaltungsgericht und einen Competenzgerichtshof eingerichtet, aber trotzdem ist eine Verminderung der Staatsbeamten nicht zu bemerken. Es ist nun allerdings richtig, daß man von vornherein nicht die Verhältnisse übersehen und daß eine größere Energie dazu gehört, alte Beamtenstellen abzuschaffen, als neue einzurichten, aber wir würden dem Lande einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir statt Erleichterung eine fortwährende Vermehrung der Beamten eintreten lassen. Ich möchte deshalb die Regierung ersuchen, eine Denkschrift dem Hause zugehen zu lassen, welches die Veränderungen des Ministerialbeamtenpersonals seit Schaffung der Selbstverwaltungsbehörden darstellt.

Abg. v. Benda erklärt, daß eine Uebersicht bereits der Budgetcommission zugegangen sei und demnächst dem Hause vorgelegt werden würde.

Die Titel mit den Anträgen Gneist und Lasker werden an die Budgetcommission verwiesen.

Die Tit. 4, 5 und 11 des Cap. 92 (Bezirksverwaltungsgerichte) beantragt Abg. Wachler (Schweidnitz) im Anschluß an den zu dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung bereits gefaßten Beschluß zur Vorberathung an die Budgetcommission zu überweisen und die weitere Beschlußfassung einstweilen auszusetzen.

Abg. Wetzki führt aus, daß die nach den Erläuterungen zum Etat für das Ministerium des Innern in Aussicht genommene Uebertragung der Functionen des auf Lebenszeit anzustellenden Verwaltungsmitgliedes des Bezirksverwaltungsgerichts zu Marienwerder an den in Danzig anzustellenden Director des dasigen Bezirksverwaltungsgerichts mit Rücksicht auf den Geschäftsumfang dieser beiden Bezirksverwaltungsgerichte ungesetzmäßig oder wenigstens unzweckmäßig erscheint, vielmehr im Hinblicke auf die fortdauernde Zunahme der Geschäfte dieser Gerichte die Anstellung eines lebenslänglichen Mitgliedes für jedes derselben geboten ist, und beantragt demgemäß die Etatsposition abzuändern.

Regierungscommissar Geh. Rath Herrfurth bekämpft die Aeußerung des Vorredners, daß die von der Regierung geplante Maßregel gesetzwidrig sei. Dieses Bedenken sei weder in der Gruppe noch von dem Mitgliede des Oberverwaltungsgerichts, welches dem Hause angehört, getheilt worden. Von der Zweckmäßigkeit derselben sei die Regierung allerdings nach den neuerdings bekannt gewordenen Thatsachen nicht mehr überzeugt und setzt deshalb dem Antrage Wetzki keinen Widerspruch entgegen.

Darauf werden diese Positionen der Budgetcommission überwiesen.

Zu Titel 6 (Remunerationen für Verwaltungsgerichte) bemerkt Abg. Berger, daß er es tief beklage, daß noch immer den westlichen Provinzen die Wohlthat der Selbstverwaltungsgesetze vorbehalten bleibt, obgleich er nicht so weit wie der Abg. Windthorst gehe, die Bewohner jener Landestheile deshalb als Heloten zu bezeichnen. Redner giebt darauf eine historische Uebersicht über die Anregungen und Interpellationen, welche in Bezug auf diesen Gegenstand an den Minister seit Jahren gestellt seien und welche jedesmal eine zusagende Erklärung von Seiten des Ministers hervorgerufen hätten. Nichtsdestoweniger sei bisher nichts geschehen und er stelle deshalb nochmals die Anfrage, wann der Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung der Kreisordnung auf die westlichen Provinzen, endlich dem Hause werde vorgelegt werden.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich hätte es für praktischer befunden, wenn der Vorredner nicht in dieser kurzen Session, sondern etwa in einer der folgenden, falls dann der von ihm erwünschte Gesetzentwurf noch nicht eingebracht wäre, seine Anfrage gestellt hätte. Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkte, daß die Westprovinzen nothwendig in den Rahmen der Selbstverwaltungsgesetzgebung eingefügt werden müssen. Aber ich muß mir doch die Frage vorlegen, welche Gesetze dem Lande zunächst am nöthigsten seien und für solche halte ich die Städteordnung und das Communalsteuergesetz, neben welchen in einer Session doch für einen so bedeutenden Gesetzentwurf, wie ihn der Abgeordnete Berger wünscht, kein Raum ist. Ich halte es auch für angezeigter durch den Norden über Schleswig-Holstein mit der Kreisordnung nach den Westprovinzen zu gehen, weil man zunächst dort einen geeigneteren Boden für diese Reformen findet.

Abg. v. Schorlemer-Alst bestreitet, daß in den Westprovinzen ein für Reformen weniger geeigneter Boden sei als in Schleswig-Holstein. Er wolle nicht bestreiten, daß es wichtigere Vorlagen gebe, als die in Rede stehende, aber es mache einen eigenthümlichen Eindruck, wenn der Minister nach so vielen Zusagen für die Westprovinzen nun erst Schleswig-Holstein und alles vielleicht demnächst im Norden zu annectirende Land (Heiterkeit) mit der Kreisordnung beglücken wolle. Das Haus müsse nach so viel vergeblichen, fast einstimmigen Resolutionen in Betreff dieses Gesetzes die Willensstärke besitzen, denselben durch constitutionelle Mittel vom Minister zu erzwingen, sonst werde das Parlament noch mehr an Achtung verlieren, als dies bisher der Fall sei.

Vicepräsident Graf Bethusy-Huc sieht sich veranlaßt, die letzte Aeußerung als unparlamentarisch zu rügen.

Abg. Hänel ist höchst erfreut über die Aussicht, daß Schleswig-Holstein demnächst die Kreisordnung erhalten solle, obwohl er zugestehen müsse, daß die Resolutionen des Hauses auch in Bezug auf die Priorität der Westprovinzen ihre Autorität behalten müßten. Jedenfalls sei aber die Einführung der Kreisordnung in Schleswig-Holstein, so lange die alte mangelhafte Gemeindeordnung dort bestehe, nicht möglich. Eine gleichzeitige Einführung beider Gesetze sei unumgänglich nöthig.

Abg. Richter (Hagen) bemerkt, es sei höchst eigenthümlich, daß der Minister es als die dringendste Aufgabe erachte, die Kreisordnung in Schleswig-Holstein, das eigenste Werk seiner staatsmännischen Weisheit, durch eine andere zu ersetzen. Der Gesetzentwurf für die westlichen Provinzen liege ja bekanntermaßen seit Jahren fertig im Ministerium und auch die Debatten im Hause würden weniger langwierig sein, wenn der Minister sich entschließen würde, seine Gesetzentwürfe mehr im Sinne der Mehrheit des Volkes und des Hauses auszuarbeiten, als dies bei der Städteordnung und namentlich auch beim Communalsteuergesetz der Fall war, welches nicht einmal die Landräthe gebilligt hätten.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg entgegnet, daß er nur gesagt, daß Schleswig-Holstein eben durch seine jetzige Kreisordnung den geeignetsten Boden für die Einführung der neuen biete. Zu derselben gebe nicht die Mangelhaftigkeit der jetzt dort geltenden Kreisordnung, sondern das Interesse der Staats- und Rechtseinheit Veranlassung. Den Entwurf des Communalsteuergesetzes hätten von 49 Communalbehörden, denen derselbe zur Begutachtung vorgelegt sei, $\frac{3}{4}$, und von 51 königlichen Behörden $\frac{5}{6}$ im Princip gebilligt.

Abg. Berger weist nochmals auf die Nothwendigkeit hin, den westlichen Provinzen die Kreisordnung zu geben, da die jetzt dort herrschenden Zustände unerträglich seien. So betrage der Grundbesitz in seinem Wahlkreise $\frac{5}{6}$ pCt. der Bevölkerung, und doch habe er durch seine Virilstimmen $\frac{3}{4}$ der Sitze in den Selbstverwaltungsbehörden. Alle Parteien seien in den westlichen Provinzen in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Selbstverwaltungsgesetze einig.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe nur meine Genugthuung darüber ausdrücken wollen, aus dem Munde des Vorredners constatiren zu hören, daß über den beklagenswerthen Zustand in Bezug auf die Nichteinführung der Kreisordnung in den Westprovinzen alle Parteien einig sind. Aber der Vorredner weiß ja, daß Herr von Sybel -- und der ist maßgebend in dieser Sache —, so lange der Culturkampf dauert, bei dem Reichskanzler die Erlaubniß für den Minister des Innern, in dieser Richtung vorzugehen, nicht beantragt hat. (Heiterkeit.) Ich kann daher nur bitten und wünschen, daß wir so bald wie möglich den Culturkampf beseitigen und dem Abg. v. Sybel auf diese Weise die Basis seiner Existenz entziehen.

Abg. v. Sybel: Da in den Zuständen der Rheinprovinz bisher keine Veränderung eingetreten ist, so kann ich auch nur bei meiner früheren Auffassung beharren. Ich bestreite durchaus die Thatsache, daß der Wunsch nach Einführung einer neuen Kreisordnung in der Rheinprovinz ein ganz allgemeiner ist; der Wunsch ist nur allgemein in den Kreisen der Gesinnungsgenossen des Centrums. In der Rheinprovinz giebt es aber eine große Zahl liberal und national gesinnter Männer, die freilich in der Minorität sind, und diese liberale Minorität würde, das kann ich Ihnen versichern, die Einführung einer neuen, nicht modificirten Kreisordnung im höchsten Grade beklagen. Ich bin der Meinung, daß jede Vermehrung gewählter Beamten für diese liberale Minorität eine vernichtende Calamität sein würde; denn die Minorität erlebt es tagtäglich, was es bedeutet, unter dem Drucke eines von einer popularen, organisirten Gegenpartei geleiteten Terrorismus zu stehen. (Heiterkeit im Centrum.) Ja, Ihnen, meine Herren, kommt das heiter vor; ich versichere Ihnen aber, daß Ihren liberalen Gegnern die Situation in keiner Weise heiter erscheint, daß trotzdem denselben heute noch durch die königlichen Beamten ihr socialer Friede und ihr Eigenthum geschützt wird (Rufe: Oho!), sie sich trotzdem auf Schritt und Tritt in ihrer ganzen Existenz von Ihren Parteigenossen bedroht sahen. (Widerspruch.) Auch ich sage: Lassen Sie uns den Culturkampf beenden; aber diese Beendigung des Culturkampfes hat kein Anderer in der Hand, als Sie selbst. Erkennen Sie die verfassungsmäßige Legislative des preußischen Staates in den Kirchengesetzen an, dann ist der Culturkampf zu Ende.

Abg. Miquel: Ich glaube, aus der Mitte meiner politischen Freunde keinen Widerspruch zu erfahren, wenn ich erkläre, daß, sowie der Abg. von Sybel seinen vereinzelten Standpunkt von früher beibehalten hat, auch die große Mehrheit der nationalliberalen Fraction unausgesetzt ihren Standpunkt festhält. Wir halten das Hinausschieben der Einführung der Kreisordnung in Westfalen und Rheinland durch den Culturkampf in keiner Weise für motivirt und sind der Meinung, daß das Gesetz ein dringendes Bedürfniß für jene Provinzen ist. Ich persönlich halte die Kreisordnung sogar noch für dringender nothwendig, als die Einführung der Städteordnung. Ich weise darauf hin, daß die Kreisordnung auch in solchen Provinzen gilt, in denen ebenso heftig der Culturkampf geführt wird, wie in Rheinland und Westfalen, ohne daß Unzuträglichkeiten hierdurch in irgend einer Weise entstanden sind. Diese Thatsache schlägt alle die phantasievollen Besorgnisse des Abg. v. Sybel zu Boden. (Sehr wahr!) Von allen Seiten wird gewünscht, daß der Culturkampf aufhören möge. Ich frage Sie, ist es nicht dringend wünschenswerth, den Streit wenigstens so weit als möglich einzuschränken, und ihn nicht, wie der Abg. v. Sybel will, auf Gebiete auszudehnen, in welche er gar nicht hineingehört? Werden die Gemüther nicht vielmehr versöhnlicher gestimmt, wenn wir solche Gebiete aufsuchen, auf welchen für alle Parteien gemeinsame Interessen obwalten? (Sehr wahr!) Dies also scheint mir die richtige Anbahnung zur Lösung des Culturkampfes, daß beide Parteien an demjenigen festhalten, was ihnen gemeinsam ist, daß sie sich gegenseitig achten lernen auf solchen gemeinsamen Gebieten und dadurch zur gegenseitigen Versöhnung beitragen. (Lebhafter Beifall.)

Tit. 6 wird hierauf bewilligt.

Schluß 4 Uhr. Zur Geschäftsordnung giebt Abg. Lasker dem Präsidenten zu erwägen, ob bei der Geschäftslage des Hauses und dem nahen Termin der Reichstagseröffnung nicht die baldige Anordnung von Abend-Sitzungen angezeigt wäre. Die Abgg. Windthorst (Meppen) und Richter (Hagen) erklären sich entschieden gegen eine solche Zwangsbeschleunigung der Berathungen. Der Präsident bemerkt, vorläufig würde wohl die Anberaumung der Sitzungen um 10 Uhr genügen, er müsse sich jedoch für die nächste Woche und später vorbehalten, hin und wieder, wie das bisher bei Schluß der Session üblich gewesen, eine Abendsitzung anzuordnen.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. (Tagesordnung: Bericht über die Rechnungen der Oberrechnungskammer für das Jahr 1875, Berathung des Etats des Ministeriums des Innern und der Eisenbahnverwaltung.)

6. Sitzung des Herrenhauses vom 8. Februar.

1 Uhr. Am Ministertische, Camphausen Leonhardt, und mehrere Commissarien.

Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Berathung des Gesetzentwurfes wegen Umgestaltung der für den Landdrosteibezirk Osnabrück bestehenden Gebäude-Versicherungs-Anstalt. Die Commission für Handel und Gewerbe empfiehlt durch ihren Referenten Herrn Beyer die Annahme der Vorlage mit einigen redaktionellen Aenderungen; derselbe bezwecke, die bisher unter Staatsverwaltung stehende Anstalt in eine landschaftliche umzuwandeln und den Bedürfnissen der Zeit gemäß zu reoganisiren: der Provinzial-Landtag von Hannover hat sich mit dem Gesetz einverstanden erklärt. — Die Vorlage wird vom Hause den Commissionsvorschlägen gemäß angenommen.

Es folgt die Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten. Die Budget-Commission des Herrenhauses hat den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses entgegen die Beamten der 4. und 5. Rangklasse wieder getrennt; im übrigen den Gesetz-Entwurf unverändert gelassen.

Graf zur Lippe verwahrt sich gegen die Vorwürfe, welche der Justizminister im Abgeordnetenhanse gegen ihn erhoben, indem er die Grundsätze mißbilligte, welche die frühere Verwaltung angewendet habe; es sei nur auf Gesuche gesehen worden. Ihm, dem Redner, sei gerade eine große Personalkenntniß der Justizbeamten nachgerühmt worden, und er habe die höheren Stellen mit größter Sorgfalt in der Auswahl der Personen besetzt und Meldungen für die höchsten Stellen gar nicht angenommen. Der Tadel, der seine Amtsführung getroffen habe, sei auch gar nicht darauf gerichtet gewesen, sondern habe mehr eine politische Seite gehabt. Seine Aufgabe — und im Staatsministerium herrschte in diesem Punkte Solidarität — sei es gewesen, die Disciplin, die durch viele politische Manifestationen der Beamten gelockert war, wieder zu befestigen. Er, der Redner, bedauere es im Interesse der conservativen Partei auf das Höchste, daß besonders die richterlichen Beamten so vielfach an den Agitationen der Fortschrittspartei sich unbestraft betheiligen dürften. Außerdem findet es Redner nicht passend, wenn ein Minister die Amtshandlungen und Ansichten seines Amtsvorgängers tadele, ohne von demselben angegriffen zu sein; denn in einem monarchischen Staate bedeute das doch, die Krone habe sich in der Wahl des Ministers geirrt. Redner beantragt dann noch, den vom Abgeordnetenhause gestrichenen Paragraphen: „Eine Vergütung für Umzugskosten findet nicht statt, wenn die Versetzung lediglich auf den Antrag des Beamten erfolgt", wieder aufzunehmen, sonst würde es leicht dazu kommen, daß die Herren Richter im Lande herumvagabundiren.

Justizminister Dr. Leonhardt erwidert, daß er an die Person des Vorredners gar nicht gedacht habe, als er die beregte Aeußerung im Abgeordnetenhause gethan. Der von ihm getadelte Grundsatz sei in der Justizverwaltung feststehend gewesen und er selbst habe ihn Jahre lang befolgt, bis ihn die praktischen Erfahrungen zur Aenderung gebracht hätten. Als er das Ministerium übernahm, wurde nur nach diesem Meldungssystem verfahren; geschäftliche Einrichtungen für ein anderes System waren gar nicht vorhanden, die habe er erst schaffen müssen. Das Meldungssystem schließe ja nicht aus, daß in einzelnen Fällen der Minister Meldungen provocirt oder einer bestimmten geeignet scheinenden Person eine Stelle anbietet. Zur Aenderung des bestehenden Systems sei er gekommen, als es sich um Beförderungen zum Obertribunal handelte; da habe er gefunden, daß ohne jeden sachlichen Grund gewisse Personen Jahre lang früher befördert seien als andere; er habe das als eine Folge des Meldungssystems angesehen, an eine persönliche Begünstigung habe er nicht gedacht. Es liege ihm fern, die Person des Grafen zur Lippe anzugreifen, er habe nur die Jahre lang befolgten Grundsätze der Justizverwaltung im Auge gehabt.

Professor Dr. Beseler muß allerdings zugeben, daß der Graf zur Lippe sein Amt streng gewissenhaft geführt habe, aber aus seiner Rede gehe hervor, daß seine Verwaltung keine milde gewesen sei. Was den Zusatz-Paragraph, betreffend die Versetzung auf Antrag angehe, so empfiehlt er dringend dessen Ablehnung; denn die Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit der Richter, sei doch nicht deren persönliches Vorrecht, sondern ein großes staatsrechtliches Prinzip für das Richteramt. Auf eine Verschmelzung der vierten und fünften Rangklasse verzichtet der Redner, weil er die finanzielle Tragweite derselben nicht übersehen könne.

Graf zu Eulenburg (Director der Staatsschulden-Verwaltung) erklärt sich gegen die Annahme des vom Grafen zur Lippe wieder aufgenommenen Paragraphen; die Wünsche, welche die Beamten dazu brächten, Anträge auf Versetzung zu stellen, wie z. B. der Wunsch einer besseren Erziehung der Kinder, seien doch nicht als Delicte anzusehen, für welche man die Betreffenden durch Entziehung der Umzugskosten bestrafen müßte.

Finanzminister Camphausen: Die Staatsregierung ist der Ansicht, daß das in dem Zusatzparagraphen ausgesprochene Princip kaum angefochten werden kann, wenn man den Paragraphen eben richtig und wohlwollend, wie dies die Regierung stets gethan, interpretirt. Bei der großen Abgeneigtheit, die man aber im anderen Hause gegen diesen Paragraphen hat, und gegenüber der Thatsache, daß der Paragraph dort einstimmig gestrichen ist, entschließt sich die Regierung dazu, auf denselben Verzicht zu leisten. (Beifall.)

Das Haus nimmt darauf den Gesetzentwurf (mit Ausnahme der Trennung der 4. und 5. Rangklasse) nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ohne erhebliche Debatte an. Ohne Debatte erledigt das Haus dann den Gesetzentwurf, betreffend die nach dem Gesetz über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen zu gewährenden Tagegelder, Reisekosten und Feldzulagen und den Bericht der Matrikelcommission.

Es folgt der Bericht der Petitionscommission über die Petition des Majors a. D. von Jena II., von Diest-Daber und Genossen. Die Petenten beantragen: „Das Herrenhaus möge zur Beseitigung des vorhendenen und wachsenden Mißtrauens im Lande das über das Eisenbahnwesen beschaffte Material sorgfältig prüfen und eine vollständige Klarlegung der daraus hervorgehenden That- und Personalfragen herbeiführen, auch ferner veranlassen, daß Behufs Beseitigung der socialen Mißstände eine Enquete-Commission, bestehend aus Männern des Gewerbe- und Handwerkerstandes, sowie aus Mitgliedern der beiden Häuser des Landtages, eingesetzt werde.

Die Commission schlägt vor: In Erwägung, daß der Bericht der Immediat-Eisenbahn-Untersuchungs-Commission. seit drei Jahren durch den Druck veröffentlicht, nicht allein in den Händen der Mitglieder der beiden Häuser des Landtages, sondern auch in den Händen der Behörden ist; eine Berathung desselben im Plenum des Herrenhauses von Mitgliedern des Hauses bisher nicht verlangt wurde, auch angenommen werden muß, daß das in dem Berichte enthaltene für die Gesetzgebung geeignete Material Seitens der competenten Behörden benutzt worden ist; in fernerer Erwägung, daß nach Erklärungen der königlichen Staatsregierung mit Sicherheit angenommen werden kann, daß Seitens der deutschen Reichsregierung die bereits in Angriff genommene theilweise Revision der zu ihrem Ressort gehörigen Gesetzgebung — Actiengesetz, Gewerbegesetz — weiter verfolgt werden wird; über die Petition der Herren von Jena II., v. Diest-Daber und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Dagegen beantragt Herr v. Wedell: In Erwägung, daß der Bericht der Immediat-Eisenbahn-Untersuchungs-Commission genügendes Material für die einschlagende Gesetzgebung geliefert hat, und daß durch eine Wiederaufnahme und Ausdehnung dieser Arbeit legislatorisch erhebliches Material voraussichtlich nicht weiter gewonnen werden wird, die Petition der Staatsregierung mit dem Antrage zu überreichen: ihren Einfluß auf die Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß die bereits theilweise angebahnte Revision der Gesetzgebung, das Actienwesen, die Gewerbe-Ordnung und den Unterstützungswohnsitz betreffend, mit aller Energie verfolgt werde.

Baron Senfft von Pilsach beantragt hinter dem Worte „Gewerbe-Ordnung" einzuschieben: „eine gerechte Besteuerung der Börsen-Course."

Berichterstatter Ober-Bürgermeister Gobbin empfiehlt den Antrag der Commission; die Petition sei der Ausdruck einer subjectiven Mißstimmung einer Partei, die lange Zeit hindurch im Besitze der Regierung des Landes war und jetzt depossedirt ist. Redner glaubt, daß es nicht Sache des Herrenhauses sei, sich mit dieser Mißstimmung zu befassen; diese Partei wird auch Einkehr bei sich gehalten haben und darüber klar geworden sein, welche Fehler dazu mitgewirkt haben, ihre Herrschaft zu stürzen. Er könne nicht absehen, wohin es führen solle, wenn in der Petition von der Gesetzlosigkeit im Lande, von der Entfremdung vom Kirchenthum rc. die Rede sei. Was solle denn die Einsetzung einer Enquête-Commission bewirken? Das Mißtrauen, welches im Lande herrsche, werde dadurch nicht gehoben, sondern nur vermehrt. Eine Debatte über den Bericht der Eisenbahn-Commission, wie er von den Petenten gewünscht werde, würde doch nur in persönliche Angriffe ausarten. Wenn es sich erweisen ließe, daß die Petition nur diesen Zweck verfolge, so würde die Commission keine motivirte, ja nicht einmal eine einfache Tagesordnung beantragt haben, sondern die Petition einfach als ungeeignet a limine abgewiesen haben und ihr nicht die Ehre erwiesen haben, hier im Hause zur Sprache gebracht zu werden. Was soll daraus werden, wenn sich die besitzenden und gebildeten Klassen in dieser Art und Weise anfeinden und bekämpfen? Die Ernte dieser Saat wird nicht den Gebildeten, sondern den Ungebildeten zufallen. (Beifall.) Dem Antrage des Herrn v. Wedell gegenüber bemerkt der Referent, daß die Reichsgesetzgebung bereits den Weg beschritten habe, auf welchen er sie drängen will; von der Einsicht der Reichsregierung sei zu erwarten, daß sie auf diesem Wege fortfahren werde.

(Während dieser Rede sind Fürst Bismarck und der Handelsminister Dr. Achenbach ins Haus getreten.)

Herr v. Wedell verwahrt sich als Mitpetent gegen die Unterstellung des Vorredners, als sei die Petition der Ausdruck der Mißstimmung einer politischen Partei; die Petenten bilden keine politische, sondern eine wirthschaftliche Partei, welche die Schäden der liberalen Gesetzgebung auf wirthschaftlichem Gebiete erkannt hätte und denselben abzuhelfen oder ihnen ent-

gegenzuarbeiten wünschte. Er hätte freilich gewünscht, daß man die Petition noch zurückgehalten und sie besser begründet hätte; er wünsche nicht noch mehr Staub aufzuwirbeln, und den Antrag zu stellen, den Eisenbahncommissionsbericht zur Debatte zu stellen. Aber die in der Petition beregten Schäden seien unerkanntermaßen vorhanden, und Angesichts dieser Thatsache sei es doch deprimirend, wenn ein Antrag auf Tagesordnung, in welcher schonenden Form auch immer, gestellt wird. Redner bittet deshalb seinem Antrage Folge zu geben.

Darauf wird der Schluß der Discussion mit 35 gegen 30 Stimmen angenommen.

Das Haus nimmt dann den Commissionsantrag auf motivirte Tagesordnung mit derselben Majorität an.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Kleinere Gesetze und Petitionen.)

Berlin, 8. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Ober-Tribunalsrath Lohmann hierselbst zum Vicepräsidenten des Appellationsgerichts in Posen mit dem Charakter als Geheimer Ober-Justizrath; den Bergrath Gustav Schnackenberg zum Ober-Bergrath, und den seitherigen Kreisphysicus, Sanitätsrath Dr. Köhler im Grimmen zum Regierungs- und Medicinalrath ernannt, ferner in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Essen getroffenen Wahl des früheren Bürgermeister Ernst Lindemann daselbst als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Essen auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren, sowie den seitherigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Dorp im Kreise Solingen, Reinh. Kirchner, in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft auf fernere 6jährige Amtsdauer und den Rentner Hermann von Groß im Weeg, in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wahl, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Dorp für die gesetzliche 6jährige Amtsdauer bestätigt.

Die bisherigen Königlich preußischen Militair-Intendantur-Secretaire Vogeler vom X. Armee-Corps und Pritschow vom IX. Armee-Corps sind zu Geheimen revidirenden Calculatoren bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs ernannt worden. — Die Kataster-Controleure Wallau zu Fraulautern und Bohler zu Prüm sind zu Steuer-Inspectoren ernannt worden. — Der Regierungs- und Medicinal-Rath Dr. Köhler ist der Königlichen Regierung zu Stralsund überwiesen. — Dem Ober-Bergrath Schnackenberg ist die Stelle eines Mitgliedes bei dem Ober-Bergamte zu Breslau übertragen worden. — Der Referendar Dr. jur. Ludwig Henry Oswalt in Frankfurt am Main ist zum Advocaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichts daselbst, und der Advocat Büsch in Hannover zum Anwalt bei dem dortigen Obergericht ernannt worden.

[Patente.] Preußen. Auf 3 Jahre: Dem Fabrikanten Heinrich Jarck zu Flensburg unter dem 3. Februar auf eine Befestigungsart von Brennern auf dem Oelbehälter der Lampen. Den Herren Kleinau u. Co. in Hamburg unter dem 31. Januar auf ein Schloß, soweit dasselbe für neu und eigenthümlich erkannt worden ist.

Sachsen-Weimar. 10. Januar. Eduard Rau, Brüssel, Einrichtung zur Beleuchtung von Manometern, Vacuummetern, Boussolen und ähnlichen Apparaten, bis zum 31. Januar 1880 verlängert. — 17. Januar: Robert Dines Bradley, Preston (Maryland-Nordamerika), Apparate zur Erzeugung und Maschinen zur Nutzbarmachung eines aus Wasser erhaltenen Gases, auf fünf Jahre. — Julius Hock u. Comp., Wien, Heißluftmotor, ernannt Sparmotor, auf fünf Jahre.

Berlin, 8. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute Vormittag aus den Händen des Hauptmanns v. Plessen vom großen Generalstabe die Orden des verstorbenen Vaters desselben, des Generallieutenants a. D. von Plessen, entgegen, hörten die Vorträge des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Kameke, und des General-Adjutanten, General-Majors von Albedyll, und empfingen den Baron von Rothschild aus Frankfurt a. M. Um 4 Uhr gewährten Se. Majestät dem Botschafter Freiherrn von Werther eine Audienz.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte heute einer Sitzung des Frauen-Lazarethvereins bei.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittags den Wirklichen Geh. Kriegsrath Köllner und nahm den Vortrag des Geh. Regierungs-Raths und Directors der Gewerbe-Akademie Reuleaux entgegen. (R.-A.)

⊙ **Berlin**, 8. Febr. [Ernennung. — Die Secundärbahnen. — Die Ersatzreserve.] Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Herr von Bardeleben, ist zum Wirklichen Geheimrath mit dem Prädikat „Excellenz" ernannt worden. — Durch allerhöchste Verordnung ist bestimmt worden, daß die dem Landesdirector oder Landeshauptmann zur Mitwirkung bei Erledigung der Geschäfte der communalen Provinzial-Verwaltung zugeordneten oberen Beamten für die Dauer ihres Amtes den Titel Landesrath oder, soweit ihre Functionen besonders juristischer oder technischer Art sind, den entsprechenden Titel Landes-Syndikus oder Landes-Baurath führen sollen. — Wie schon gemeldet, hat ein unterweilt vorzulegender Gesetzentwurf den Zweck, die Provinzial-Dotationen auch zur Förderung des Baues von Secundärbahnen verwendbar zu machen. Der Provinzial-Ausschuß der Provinz Preußen, der den Antrag darauf gestellt hat, führt in seiner Vorstellung besonders aus: Nach den angestellten Ermittelungen betrügen die Herstellungskosten pro 7½ Kilometer (1 Meile) für eine schmalspurige Secundärbahn 200,000—210,000 Mark, für eine normalspurige 270,000—360,000 Mk. Hiernach erfordere die Herstellung einer schmalspurigen Bahn ein wenig höheres Anlagecapital als die einer Chaussee und selbst eine normalspurige koste nur 20 bis 40 pCt. mehr. Dem gegenüber erfordere eine Chaussee erhebliche Unterhaltungskosten, während eine Bahn bei rationellem und sparsamem Betriebe nicht nur die Betriebskosten decke, sondern auch eine mäßige Verzinsung des Anlagecapitals ergeben werde. Dazu komme noch, daß Eisenbahnen dem Verkehrsbedürfniß in viel intensiverer Weise zu genügen im Stande seien, als Chausseen. Mit Rücksicht auf diese Thatsache lasse sich voraussetzen, daß mehrere Kreise es vorziehen, Secundärbahnen zu bauen, wenn ihnen wie beim Chausseebau eine Beihilfe aus Provinzialmitteln in Aussicht gestellt werden könne. — Es ist in Frage gekommen, ob den Landräthen die Befugniß zustehe, gegen Mannschaften der Ersatzreserve 1. Klasse, welche sich der ihnen auf Grund des Reichs-Militärgesetzes auferlegten Controle entziehen, die angedrohte Strafe nach Maßgabe des Gesetzes vorläufig festzusetzen. Der Minister des Innern hat nun zur Beseitigung der erhobenen Zweifel den Behörden eröffnet, daß, da es sich bei der in Rede stehenden Vorschrift des Reichs-Militärgesetzes nicht um eine locale, sondern um eine landespolizeiliche Anordnung handelt, nicht die Localbehörde, sondern nur die Landräthe in gleicher Weise und in demselben Umfange zur vorläufigen Straffestsetzung befugt sind, wie solches hinsichtlich anderer Contraventionen, z. B. gegen berg- und chausseepolizeiliche Vorschriften, der Fall ist.

Zirke, 7. Febr. [Die Einführung des bisherigen Vicars Czerwinski] als Propst der Parochie Zirke ist soeben durch Herrn Landrath v. Kalkreuth erfolgt. Die Ruhe ist in keiner Weise gestört und war der Kirchenvorstand bei der Einführung vertreten. (Pos. 3.)

Oesterreich.

Wien, 8. Febr. [General Ignatieff] ist heute Vormittag über Lemberg nach Petersburg abgereist.

Provinzial-Zeitung.

= **Breslau**, 9. Febr. [Versetzung.] Der dem Regierungs-Collegio zu Oppeln angehörige Regierungs-Rath Dröge ist zur Regierung in Merseburg versetzt worden und wird seine Amtsfunctionen zu Oppeln am 10. d. M. niederlegen.

Breslau, 9. Febr. Angekommen: v. Winterfeld, Generalmajor z. D. aus Gr.-Glogau. v. d. Gröben, Oberst-Lieut. u. Regts. Command. aus Ratibor. v. d. Dollen, Oberst u. Regts.-Command. aus Schweidnitz. Kähler, Oberst-Lieut. u. Regts.-Command. aus Neustadt. v. Saldern, Oberst-Lieut. und Reg.-Command. nebst Gemahlin aus Oels. Sr. Durchl. Prinz Krafft zu Hohenlohe-Ingelfingen, Gen.-Lieut. u. Gen.-Adjut. Sr. Majestät des Kaisers aus Neisse. Se. Durchl. Prinz Karl zu Hohenlohe-Ingelfingen aus Droniowitz. v. Neumann, Generalmajor u. Command. aus Neisse. v. Einen, Generalmajor und Brig.-Commandeur aus Neisse. v. Hänlein, Oberst und Reg.-Command. aus Ohlau. v. Kleist, Major u. Reg.-Command. aus Guhrau. v. Hagemeister, Reg.-Präs. aus Oppeln. Roos, Oberst-Lieut. aus Oels. v. Prittwitz, Oberst-Lieut. u. Rittergutsbesitzer aus Schmolschütz. Böhmer, Oberst u. Reg.-Command. aus Cosel. (Fremdenbl.)

—d. **Breslau**, 9. Februar. [Bezirksverein des südwestlichen Theiles der Schweidnitzer Vorstadt.] Die am 7. d. M. in der neuen Börse abgehaltene und zahlreich besuchte Versammlung eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Dr. Dyrenfurth, mit der Mittheilung über die Constituirung des Vorstandes: Juwelier Markfeldt Vorsitzender, Dr. Dyrenfurth Stellvertreter, Maurermeister Fritsch Schriftführer, Buchhalter Großer Stellvertreter, Kunstschlosser Trelenberg Kassirer, Hausbesitzer Pokorny Stellvertreter. — Ueber die Modalitäten des dem Verein zu ermäßigten Preisen angebotenen Besuchs des Thalia-Theaters sollen mit Director Will noch nähere Verhandlungen gepflogen werden. — Von der Abhaltung eines bereits früher beschlossenen Wintervergnügens wurde Abstand genommen. — Nach einer Mittheilung über Statuten-Aenderung gab Stadtverordneter Dr. Pannes ein übersichtliches und klares Bild über den Stadthaushalts-Etat pro 1877/78 und entwickelte die Gründe, auf Grund deren Magistrat sich veranlaßt gesehen hat, das Deficit durch Erhöhung der Communal-Einkommensteuer auf 14 Simpla mit rund 2,380,000 Mark und des Wasserzinses von 10 auf 15 Pf. pro Kubikmeter mit 175,000 Mark zu decken. Nach Eintritt in die Discussion bemerkt der Vorsitzende, daß es Krebsschäden in unserer städtischen Verwaltung gebe. Es müsse sparsamer gewirthschaftet werden, namentlich in der Bauverwaltung. Eine einheitlichere Leitung im Bauwesen müsse das öftere Aufreißen des Pflasters verhindern. Stadtverordneter Wehlau führt aus: Die höheren Besoldungen für diätarische Beschäftigungen werden in der Stadtverordneten-Versammlung angegriffen werden. Redner glaubt, daß sich noch verschiedene Abstriche werden machen lassen, so daß man zwar an der Erhöhung der Communal-Einkommensteuer um 2 Simpla, nicht aber an der Erhöhung des Wasserzinses wird festhalten müssen. Er (Redner) sei principiell gegen die Erhöhung des Wasserzinses. Herr Schmidt stellt folgende Frage: Wenn sich die Einnahmen aus den Gasanstalten durch Verminderung des Gas-Consums verringern, warum da eine 3. Gasanstalt? Maurermeister und Stadtverordneter Ehrlich: Der Bau der 3. Gasanstalt ist vorläufig sistirt bis auf den Gasometer, der als Reserve-Gasometer absolut nothwendig ist, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, plötzlich einmal ganz ohne Gas zu sein. Juwelier Markfeldt spricht gegen die Erhöhung des Wasserzinses, zumal diese Steuer ganz ungleich vertheilt sei, da viele Häuser noch keinen Anschluß an die öffentliche Wasserleitung haben, noch andere ihr Wasser kostenfrei aus dem alten Wasserhebewerk beziehen. Redner stellt den Antrag: „Die Stadtverordneten zu ersuchen, sich gegen die Erhöhung des Wasserzinses zu erklären, hingegen dahin zu wirken, daß sämmtliche Wasserconsumenten des städt. Wasserwerks, also auch die Bewohner solcher Häuser, welche keine Hausleitungen haben, sondern ihren Wasserbedarf unentgeltlich aus den öffentlichen Wasserständern entnehmen, zur Zahlung eines verhältnißmäßigen Wasserzinses herangezogen werden, welche die städt. Verwaltung von den Hauseigenthümern zu erheben hat." Stadtv. Dr. Pannes verwahrt sich energisch gegen die Annahme dieses Antrages, weil er die Armen, welche ihr Wasser aus einem öffentlichen Ständer holen, mit einer Steuer belege. Die Stadt läßt sich gar nicht das Wasser bezahlen, sondern nur die Bequemlichkeit, daß es in alle Stockwerke geleitet werden kann. Er (Redner) würde sogar dafür stimmen, wenn es sich darum handele, eine meilenweite Trinkwasserleitung für Breslau herzustellen, um sämmtlichen Einwohnern der Stadt gutes Trinkwasser unentgeltlich zu gewähren. In ähnlichem Sinne spricht sich Stadtv. Wehlau aus. Maurermeister u. Stadtv. Ehrlich: Wenn der Markfeldt'sche Antrag sich gegen die Industriellen richtet, welche ihr Wasser unentgeltlich aus Ständern entnehmen, so werde diesem letzteren Umstande durch eine Polizei-Verordnung begegnet werden. Maurermeister Schilling spricht gegen die beabsichtigte Erhöhung des Wasserzinses und beantragt, die Stadtverordneten zu ersuchen, zu veranlassen, daß auch diejenigen, welche ihr Wasser aus dem alten Wasserhebewerk entnehmen, zur Wassersteuer herangezogen werden. Zimmermeister Hanisch macht darauf aufmerksam, es liege im Interesse der Hausbesitzer, das Wasser in's Haus zu ziehen, weil sie dadurch ihre Wohnungen leichter und besser vermiethen. Selbst Dienstboten wollen sich schon nicht mehr in ein Haus vermiethen, in welchem keine Wasserleitung ist. Bei der Abstimmung werden die Anträge der Herren Markfeldt und Schilling angenommen. — Die Verlegung des Wollmarktes bildete einen weiteren Gegenstand der Discussion. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, dahin zu streben, daß der Wollmarkt nach dem Trinitatisplatze verlegt werde. Die Berathung über die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit wurde einer Commission übertragen, welche in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten hat. — Die Erledigung des Fragekastens mußte wegen vorgerückter Zeit vertagt werden.

—d. **Breslau**, 9. Febr. [Bezirksverein der Schweidnitzer Vorstadt.] Die letzte Versammlung in Pietsch's Local auf der Gartenstraße eröffnete Stadtverordneter Kempner mit der Mittheilung eines von der Direction des Thalia-Theaters eingegangenen Anerbietens in Betreff des Besuches dieses Theaters seitens der Vereinsmitglieder. Im Weiteren gab der Vorsitzende eine Uebersicht über die Thätigkeit des Vereins im abgelaufenen Jahr. Die Mitgliederzahl ist von 36 auf 94 gestiegen. Nach dem folgenden Kassenbericht betrug die Einnahme 171 Mark 82 Pf., die Ausgabe 159 Mark 58 Pf., mithin verbleibt ein Bestand von 12 Mark 24 Pf. Dem Kassirer, Herrn Lewy, wird Decharge ertheilt. Dem bisherigen Vorstande wird der Dank der Versammlung ausgesprochen. In den neuen Vorstand werden gewählt: Rittergutsbesitzer und Stadtverordneter Kempner, Particulier L. Freund, Kaufmann Siegfried Haber, Dr. med. Th. Körner, Dr. phil. Hulwa, Sanitätsrath Dr. Grempler, Kaufmann Löwenthal, Techniker Müller und Departements-Thierarzt Dr. Ulrich. — Hierauf wurde ein Dringlichkeits-Antrag eingebracht, dahingehend, der Verein möge in Verbindung mit den übrigen Bezirksvereinen der Stadt eine Massenpetition an das Stadtverordneten-Collegium richten, die projectirte Steuererhöhung zu verweigern. Der Vorsitzende gab hierbei Erläuterungen zum Stadthaushalts-Etat und zu der Maßregel, das Deficit durch die beantragte Steuererhöhung zu decken. Es wurde beschlossen, die Steuer-Erhöhungsfrage zunächst einer Commission von 3 Mitgliedern zur Klarstellung zu überweisen. — Den Schluß der Versammlung bildete die Erledigung des Fragekastens.

△ **Steinau a. O.**, 8. Febr. [Rotzkrankheit.] Vergangenen Montag, den 5. Februar, ist durch den hiesigen königlichen Kreis-Thierarzt Herrn Holst unter den Pferden des Bauergutsbesitzers Metze in Zechelwitz die Rotzkrankheit constatirt worden. Die vorgeschriebenen polizeilichen Maßregeln wurden sofort angeordnet. Ein Pferd ist bereits getödtet worden, während die Tödtung der übrigen Pferde des Gehöftes in nächster Zeit zu erwarten sein dürfte. Die Ursache zum Ausbruch dieser Krankheit kann nicht nachgewiesen werden.

H. **Hainau**, 7. Februar. [Winterleiden und -Freuden. — Zum Pferde-Aufkauf.] Zu unseren stiefmütterlichst behandelten Plätzen zählt der vor dem Schulhause der evangelischen Mädchenschule, obschon derselbe täglich von 4—500 Schulkindern wiederholt zu passiren ist. Es ist ja ganz in der Ordnung, daß die Gänge nach dem anstoßenden nunmehrigen „Stadthause", zu den Localen der städtischen Bureaux und der Kreisgerichts-Commission mit Kies beschüttet werden, dürfte aber die Erwartung rechtfertigen, daß im Interesse der Kinder, darunter Hunderte im zartern Alter, dem Platze vor dem Schulhause, der leider immer noch nicht den gepflasterten Gang erhalten hat, und dessen nächsten Umgebungen rechtzeitig und ausreichend die nöthige Fürsorge zugewendet werde, damit nicht täglich eine so große Anzahl Schüler durch die Grundlosigkeit dieses Schulweges an nassen Füßen leide. — Gelegentlich des im Januar c. abgehaltenen Viehmarktes, der bezüglich der in ungewöhnlicher Anzahl aufgetriebenen oder außerhalb des Viehplatzes zum Verkauf gestellten Pferde, man glaubt ca. 2000 St. annehmen zu dürfen, war von hier auch dessen Erwähnung geschehen, daß außer anderen ausländischen Käufern auch solche aus Frankreich zahlreiche Pferdekäufe abgeschlossen hätten. Der eine Großhändler aus Straßburg gab vor, Droschkengäule nach Paris zu liefern. Ohne dem Zusammenhange nachzuforschen, ist aber die Thatsache zu verbürgen, daß im Laufe voriger Woche Seitens einer oberen Militärbehörde hier an zuständiger Stelle per Telegramm über die etwaige Anzahl solcher erstandenen Pferde Anfrage gehalten und sofortige Rückantwort auf gleichem Wege erstattet werden sollte.

s. **Waldenburg**, 8. Febr. [Communal-Angelegenheiten.] Am Dinstage hielten die Stadtverordneten ihre zweite diesjährige Versammlung ab. Der stellvertretende Vorsitzende, Bergwerks-Director Ißmer, eröffnete dieselbe mit einer Ansprache, in welcher er dem am 20. d. Mts. dahingeschiedenen Kaufmann und Fabrikbesitzer Petzoldt, dem langjährigen Vorsteher der Versammlung, Worte der Erinnerung widmete und auf die Verdienste hinwies, die sich der Dahingeschiedene um das Wohl der Commune erworben. Die Versammlung hatte sich während dieses Actes von den Plätzen erhoben. Hierauf wurde zur Neuwahl geschritten und Bergwerks-Director Ißmer zum Stadtverordneten-Vorsteher gewählt, während Kaufmann Bock zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Ebenso wählte die Versammlung in der Person des Kaufmanns Ohme ein Mitglied in den Waisenrath. Die Stadtverordneten genehmigten ferner den von dem Magistrat vorgelegten Etat der Handwerker-Fortbildungsschule, so daß Aussicht vorhanden ist, der durch Orts-Statut eingeführte obligatorische Unterricht, welchem durch eine nicht gerechtfertigte Gegenströmung bisher große Hindernisse bereitet wurden, werde endlich zur vollen Durchführung gelangen.

—r. **Namslau**, 8. Febr. [Depeschen-Verkehr. — Kirchliche Vermögens-Verwaltung. — Regierungs-Anordnung.] Im abgelaufenen Jahre 1876 sind bei dem hiesigen mit dem kaiserlichen Postamte verbundenen Telegraphenamte 1510 inländische und 34 ausländische Depeschen aufgegeben worden. Angekommen sind 2035 Depeschen. — An Stelle des aus dem hiesigen Kreise verzogenen Gutsbesitzer Welzel in Glausche ist Seitens des königl. Regierungs-Präsidiums in Breslau der Oekonomie-Director Herr Friedrich in Buchelsdorf, hiesigen Kreises, zum Commissarius für die Besorgung der kirchlichen Vermögens-Angelegenheiten der katholischen Kirche zu Belmsdorf, hiesigen Kreises, in Gemäßheit des Gesetzes vom 20. Juni 1875 ernannt und als Tag des Beginnes seiner Amtsthätigkeit der 15. Februar d. J. festgesetzt worden. — Im Regierungsbezirk Breslau ist der Fall vorgekommen, daß einem Gemeinde-Vorsteher, welcher eine Klassensteuer-Beitreibung selbst ausgeführt hat, von dem Steuerpflichtigen gewaltsam Widerstand geleistet wurde und die gerichtliche Untersuchung deshalb eine Verurtheilung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt nach § 113 des Strafgesetzbuches nicht zur Folge gehabt hat, weil der Gemeindevorsteher als solcher zur Ausführung der Execution — im Gegensatze von deren Anordnung — nicht zuständig gewesen sei und sich also dabei nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden habe. Das Untersuchungs-Gericht hat auf den § 2 der königl. Verordnung vom 30. Juli 1853 (Ges.-S. S. 909) Bezug genommen, wonach das Zwangsverfahren von den mit der Einziehung der Steuern beauftragten Behörden oder Beamten angeordnet und unter ihrer Leitung durch die ihnen beigegebenen Executoren oder diejenigen Beamten, deren sie sich als solcher zu bedienen haben, ausgeführt werden soll. Die Landräthe des Regierungs-Bezirks werden daher angewiesen, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß jetzt in allen Gemeinden und Gutsbezirken zur Ausführung der etwa nöthigen Executionen von Steuern und sonstigen in der königl. Verordnung vom 30. Juli 1853 bezeichneten Gefällen Executoren angenommen werden.

=ch= **Oppeln**, 8. Februar. [Rinderpest.] Nachdem nunmehr die Rinderpest in der zuletzt noch verseucht gewesenen Ortschaft Sosnitza, Kreis Zabrze, als erloschen anzusehen und die Desinfection des Gawron'schen und der Nachbargehöfte daselbst vollständig durchgeführt ist, hat die Königliche Regierung hierselbst die Verkehrsbeschränkungen des § 17 der revidirten Instruction vom 9. Juni 1873 für die Kreise Gleiwitz, Zabrze, Tarnowitz, Kattowitz und Beuthen wieder aufgehoben. Das Gleiche ist geschehen bezüglich der nördlichen Districte der Kreise Oppeln, Grottkau und Falkenberg, da der verseucht gewesene Nachbarkreis Brieg des Reg.-Bez. Breslau jetzt auch als seuchenfrei angesehen werden kann. Mit Rücksicht auf die vom benachbarten Auslande her drohende Gefahr einer Rinderpesteinschleppung ist jedoch a. die Hornvieh-Controle, b. das Verbot der Abhaltung von Viehmärkten, c. die Pflicht zur Anzeige verdächtiger Fälle bei Erkrankungen von Rindvieh, d. das Verbot der Veterinairpfuscherei für den ganzen Umfang des Departements aufrecht erhalten und außerdem der Hausirhandel mit Lumpen verboten.

* **Zülz**, 7. Febr. [Prüfungen.] Am königl. katholischen Schullehrer-Seminar hierselbst findet die diesjährige mündliche Prüfung Behufs Aufnahme neuer Zöglinge den 20. und 21. März statt. Die erforderlichen schriftlichen Arbeiten sind von den Aspiranten am 19. März anzufertigen. — Der hiesige Seminar-Director Dr. Volkmer wird zum 1. April c. in gleicher Eigenschaft nach Habelschwerdt versetzt.

[Notizen aus der Provinz.] * Gleiwitz. Die hiesige „Ob.-Ztg." enthält folgende Berichtigung: „Die Nr. 13 dieser Zeitung vom 30. Jan. c. enthält unter den Localnachrichten von Gleiwitz die Mittheilung, daß ein 13jähriges Mädchen wegen Ausbleibens aus dem diesseitigen Communion-Unterricht durch ihre Mutter aus einem so scandalösen Grunde entschuldigt worden ist, daß ich denselben aus Anstand hier nicht näher bezeichnen mag. Dem gegenüber erkläre ich hiermit, daß eine solche Meldung hier niemals geschehen ist, daß somit die obige Mittheilung von „zuverläßiger Seite" mit der beliebten Nutzanwendung auf die confessionelle Schule in sich zusammen fällt. Weitere Schritte in dieser Sache behalte ich mir vor.

Biernacki, Pfarradministrator."

+ Peiskretscham. Von hier meldet die „Volksstimme" unterm 4ten Febr.: Als gestern Nachmittags ein Arbeiter einen hinter der Besitzung des Hrn. Goretzki stehenden Strohschober bestieg, um von da seine Fertigkeit im Springen zu beweisen, wurde er von dem Anblicke eines darin aufrecht stehenden Leichnams erschreckt, welchem an dem oberen Theilen des Körpers bereits sämmtliches Fleisch fehlte. Auf geschehene Anzeige bei der Polizei ist der Leichnam in das städt. Krankenhaus geschafft worden, um daselbst bis zur event. gerichtlichen Section aufbewahrt zu werden. Aus den vorgefundenen Kleidungsstücken will man den seit mehreren Wochen vermißten Bettler Hobik aus Pniow erkannt haben, welcher im Bezirke der Stadt öfters gesehen worden war. Das Resultat der vorläufigen Untersuchung führt zu der Vermuthung, daß der Verstorbene in dem Strohschober Schutz gegen die Kälte gesucht, darin aber erfroren sein mag und daß sein Körper von Thieren bis auf das aufgefundene Gerippe verzehrt worden ist. Jedenfalls trägt an dem Tode dieses Menschen ein dritter keine Schuld.

Berlin, 8. Februar. Die Börse behauptete sich auch heute auf ihrer beobachtenden Reservestellung und blieben daher wiederum die Umsätze in sehr mäßigen Grenzen. Nur Oesterreichische Staatsbahn machte eine Ausnahme, dieselbe setzte ihre gestrige Haussebewegung ungeschwächt fort und schließt wiederum mit einer nicht ganz unbedeutenden Avance. Auch die anderen internationalen Speculationseffecten waren mehr oder weniger mit in den Verkehr gezogen, ohne daß sich aber die Notirungen wesentlich änderten. Auf dem Geldmarkt macht sich ein Mangel an Disconten bemerkbar, wie er seit langer Zeit nicht zu constatiren war. Feinste Briefe waren schon unter 2 Procent zu placiren. Die österreichischen Nebenbahnen hatten nach der gestrigen Unterbrechung ihre frühere Festigkeit wiedergewonnen, besonders zeichneten sich Galizier durch lebhaften Verkehr aus, wenn auch die Notiz wenig Veränderung erfuhr. Rudolfbahn, Kaschau-Oderberger und Elisabethbahn waren ebenfalls bevorzugt und erhöhten die Notiz. Von den localen Speculationseffecten erfreuten sich eigentlich nur Laura-Actien einer festen Stimmung, Disconto-Comm. und Dortm. Union ließen etwas in den Coursen nach. Disc.-Comm. 109,90, ult. 109¼—109¾, Laurah. 65,60, ult. 65—65,60. In den ausländ. Staatsanleihen gewann der geschäftliche Verkehr nur geringe Ausdehnung, doch waltete auf diesem Gebiet im Allgemeinen eine recht feste Haltung. Nur österr. Goldrente zeigte sich vorzugsweise angeboten, dagegen machte sich für österr. Papierrente eine regere Nachfrage bemerkbar. Italiener und Türken vernachlässigt, russische Werthe unverändert, Prämien-Anleihen etwas besser, 5procent. Anleihen per ult. 82¾—82⅝—82⅞. Die Subscription auf die XII. Seerie der Russ. Bodencredit-Pfandbriefe wurde bereits heute Vormittag in Berlin und Frankfurt geschlossen. Preußische und andere deutsche Staatspapiere fest, aber unbelebt, eine gleiche Physiognomie trug das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte sind nur wenig Veränderungen zu verzeichnen. Die Rhein.-Westfälischen Speculationsdevisen blieben unbelebt und begegneten nur am Schluß einiger Nachfrage. Halberstädter und Potsdamer höher, Oberschles. fest, Freiburger behauptet, Märkisch-Posener und Halle-Sorauer beliebt, Ostpreußische Südbahn und Nahebahn gingen in Posten um und besserten die Notirung, Berlin-Dresdener Stammactien ließen etwas nach, wogegen Stamm-Prioritäts-Actien gefragt blieben. Bankactien blieben im Allgemeinen ziemlich still. Centralbank für Industrie ging sehr lebhaft zu höherem Course um. Centralbank für Bauten, Quistorp, Deutsche Hypotheken und Spielhagen steigend. Deutsche Bank belebt aber in schwacher Haltung. Meininger Hypothekenbank anziehend, Norddeutsche Grundcredit besser. Gothaer Grundcredit höher und belebt. Leipziger Credit niedriger. Antwerpener matt. Industriepapiere fanden vielfach gute Beachtung, Landré höher, Böhmisches Brauhaus schwach behauptet, Bauverein unter den Linden besser, Façonschmiede begehrt, Omnibus beliebt und höher, Große Pferdebahn matt, Norddeutsche Eiswerke wiederum recht beliebt, Grund dafür dürfte sein, daß der milde Winter die Nachfrage nach Eis wesentlich steigern dürfte. Oberschlesischer Eisenbahnbedarf sehr fest, Norddeutscher Eisenbahnbetrieb offerirt, Hoffmann Waggon ebenfalls angeboten, Magdeburger Bergwerk erhöhte die Notiz um 7¼ pCt., Gelsenkirchen lebhaft anziehend.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 241,50, Lombarden 130,00, Franzosen 403,50, Reichsbank 157,50, Disconto-Commandit 110,00, Laurahütte 66,75, Köln-Mindener 100,50, Rheinische 109,40, Bergische 78,50, Rumänen 13,75, Türken 12,40, Italiener 72,10, 5% Russ. Anleihe 83,00, Oesterr. Goldrente 60,90, Silberrente 56,00, Papierrente 51,60.

Berliner Börse vom 8. Februar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Consolidirte Anleihe	4½	104,10 bz
do. de 1876	4	95,75 bz
Staats-Anleihe	4	96 B
Staats-Schuldscheine	3½	92,20 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,30 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101 50 B
Pommersche	3½	83.60 G
do.	4	95,30 bz
do.	4½	102 B
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94.75 bz
Schlesische	3½	84,90 bz
Landschaftl.Central	4	95 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,30 G
Pommersche	4	95,30 G
Posensche	4	95 bz
Preussische	4	95 G
Westfäl. u. Rhein.	4	97,80 bz
Sächsische	4	95 80 bz
Schlesische	4	95,75 bz
Badische Präm.-Anl.	4	122 10 G
Baierische 4% Anleihe	4	124,30 bz
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	109 50 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	71,60 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 251 bz
Badische 35 Fl.-Loose 142.90 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 84,20 bz
Oldenburger Loose 137.40 B

Ducaten 9 64 etbz	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,38 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,255 bz	Oest. Bkn. 164,90 bz
Imperials — —	do.Silbergd. 190 bzB
Dollars — —	Russ. Bkn. 253.90 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'schePartial-Obl.	5	104,40 bz
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	100,75 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,30 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,75 bzG
do. rückzb. à 110	5	106,10 G
do. do. do.	4½	98,90 bzG
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	103 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,50 G
do. do. II. Em.	5	102 bzG
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	109.50 G
do. do. II. Em.	5	107.50 G
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102,80 bz
do.4½ do. do. m.110	4½	96,75 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102 60 bzG
Oest. Silberpfandbr.	5½	34 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	30,50 G
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	85,25 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 G
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4⅕	55,25 bz
do. (1./4.1./10.)		55,90 bz
do. Goldrente	4	61,10 bz
do. Papierrente	4⅕	51,90-52 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	93,50 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	98,80 bz
do. Credit-Loose	—	297 B
do. 64er Loose	—	259,80 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	149,75 bz
do. do. 1866	5	149,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	80,40 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	80,50 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	80 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63,30 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,70 bz
do. do. 1885	6	102,20 bz
do. 5% Anleihe	5	103,30 G
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,60 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	103 B
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	68,30 bzG
Rumänische Anleihe	8	85,25 bz
Türkische Anleihe	5	— —
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl	5	67,75 B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,20 bz
Türken-Loose 25,80 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	101 B
do. III. v. St.3½g.	3½	84 60 bzG
do. do. VI.	4½	98,90 B
do. Hess. Nordbahn.	5	103,25 bz
Berlin-Görlitz	5	105,50 G
do.	4½	89,25 bzG
do. Lit C.	4½	84 G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	95,50 G
do. do. F.	4½	95,50 G
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	93 G
do. do. J.	4½	92,50 G
do. do. K.	4½	92,25 bzG
do. von 1876	5	99,25 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	91 B
do. Lit. B.	4½	99,25 G
do. IV.	4	93,50 bz
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 G
Hannover-Altenbeken	4½	95 G
Märkisch-Posener	5	101,75 B
W.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97 G
do do. II. Ser.	4	96 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97.50 G
do do. III. Ser.	4	96 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	86,25 B
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	99,40 B
do H.	4½	101,60 G
do. von 1869	5	103,40 bzB
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	98,50 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,50 bzB
do. Stargard-Posen	4	93 B
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101,10 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,75 bz
Chemnitz-Komotau	5	97,25 G
Dux-Bodenbach	5	60,50 bzG
do. II. Emission	5	42.40 bz
Prag-Dux	fr.	23,50 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	83,50 bzG
do. do. neue	5	81,90 bzG
Kaschau-Oderberg	5	55,10 bzG
Ung. Nordostbahn	5	51,10 bzG
Ung. Ostbahn	5	50 bzB
Lemberg-Czernowitz	5	63,90 bz
do. do. II.	5	63,40 G
do. do. III.	5	56 80 G
Mährische Grenzbahn	5	52,50 B
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	15,50 bzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	62,75 B
Oesterr.-Französische	3	318 bzB
do do. II.	3	301 G
do. südl. Staatsbahn	3	235.10 bz
do. neue	3	235,75 bzG
do. Obligationen	5	77,30 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	49,75 bzB
Warschau-Wien II.	5	— —
do. III.	5	91 bz
do. IV.	5	84,40 bz
do. V.	5	81 B

Wechsel-Course.

		Zf.	Cours
Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169 90 bz
do. do.	2 M.	3	169,15 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,40 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,35 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	250,00 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	252 85 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	164,70 bz
do. do.	2 M.	4½	163 60 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht.	1	—	4	21,90 bz
Berg.-Märkische	4	—	4	78,75 bz
Berlin-Anhalt	8	—	4	104,00 bzG
Berlin-Dresden	2½	0	4	24,25 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	22,60 bz
Berlin-Hamburg	10	—	4	168,25 bz
Berl. Nordbahn	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb	3	—	4	79,00 bzG
Berlin-Stettin	6⅘	—	4	122 25 bzG
Böhm. Westbahn	5	—	5	70 20 bzG
Breslau-Freib.	5½	—	4	71 60 bz
Cöln-Minden	4⁶⁄₁₀	—	4	100,75 bzG
do. Lit. B.	5	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	7,30 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	4	87,30 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	13,40 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	15,50 bzB
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	35,70 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	44.60 bzG
Ludwigsb.-Bexb.	9	—	4	177,00 bz
Märk.-Posener	0	0	4	19 00 bzG
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	107,75 bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	95,75 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96 59 G
Oberschl. A.C.D.E.	10½	—	3½	127,75 bz
do. B.	10½	—	3½	119,75 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6½	—	4	398-403-2
Oest. Nordwestb.	5	5	5	188,50 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	130-31-30
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	24 70 B
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	164 80 bz
Reichenberg-Pard	4½	—	4½	46 25 bz
Rheinische	8	—	4	109.25 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	92,00 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	12.10 bz
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	13 75 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	23 10 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101 30 bz
Thüringer Lit A.	8½		4	125,75 bzB
Warschau-Wien.	7½	—	4	186,25 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berlin-Görlitzer	5	—	5	53,75 bzB
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	30,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	35,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	32,75 bz
Märkisch-Posener	3½	—	5	70,30 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	70,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	96,10 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	74 60 bz
Pomm. Centralb.	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109,40 bz
Rumänier	8	—	8	56,75 bz
Saal-Bahn	1½	—	5	26,25 bz
Weimar-Gera	2½	—	5	20,75 bzB

Bank-Papiere.

	1875	1876	Zf.	Cours
Allg.Deut.Hand.-G.	0	—	4	24,00 G
Anglo DeutscheBk.	3	—	4	36,00 B
Berl. Kassen-Ver.	17,7	—	4	154 00 bzG
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	60,00 bzG
do.Prod.-u.Hdls.-B.	9½	—	4	79 40 bz
Braunschw. Bank.	6⅔	—	4	98.10 bzG
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	69,75 bzG
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	—	4	73,75 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	2½	—	4	68,30 bzG
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115,00 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	101,00 bzB
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	96,75 G
Deutsche Bank	3	—	4	85,50 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	157,00 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	92.00 etbzG
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	109,90 bz
do. ult.	7	—	4	109⅓-9,75 bz
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	93,00 G
do. junge	5½	—	4	97,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	5,00 bzG
Goth. Grundcredb.	8	—	4	102,50 bzG
Hamb. Vereins-B.	9⁴⁄₉	10	4	119,00 G
Hannov. Bank	6⁷⁄₁₅	—	4	102,50 G
Königsb.Ver.-Bank	5¼	—	4	80,40 G
Ludw.-B. Kwilecki	6	—	4	62 G
Leipz. Cred.-Anst.	7	—	4	110,25 bzG
Luxemburg. Bank	6½	—	4	92.50 G
Magdeburger do.	5½	—	4	— —
Meininger do.	3	—	4	79,50 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	15,75 G
Nordd. Bank	6⅔	8	4	125,50 G
Nordd. Grundcr.-B.	9	—	4	94,75 bzG
Oberlausitzer Bk.	2	—	4	49,00 G
Oest. Cred.-Actien	5	—	4	244-45-4 50
Posner Prov.-Bank	2½	—	4	99.00 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	98,00 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,50 bzB
Sächs. Bank	10	—	4	113,90 bzB
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	4	95 00 G
Schl. Bank-Verein	5	—	4	86,75 G
Schl. Vereinsbank	5	—	4	90,45 bzB
Thüringer Bank.	5	—	4	70,25 bz
Weimar. Bank.	0	—	4	41,50 G
Wiener Unionsb.	2⁶⁄₇	—	4	86,50 G

In Liquidation.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berliner Bank	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	50,50 G
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl. Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	57,50 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,50 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	89,00 B
Hannov. Disc.-Bk.	8⅕	—	fr.	97,50 G
Hessische Bank	—	—	fr.	56,50 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,80 G

Industrie-Papiere.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	712,00 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	9,25 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	0	—	4	67,75 bzG
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	13,80 bzG
Nordd. Gummifab.	5	—	4	52,50 G
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	3,10 etG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18	—	4	113 bzG
Schles. Feuervers.	20	—	4	730 G
Donnersmarkhütte	3	—	4	18,75 bzG
Dortm. Union	0	—	4	5.75 bzG
Königs- u. Laurah.	2	—	4	65,65 bz
Lauchhammer	0	—	4	23,50 G
Marienhütte	8	—	4	68 00 bzG
OSchl. Eisenwerke	1½	—	4	6 G
Redenhütte	0	—	4	3,50 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	7,60 G
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	77,80 bz
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	85,99 bz
Tarnowitz. Bergb.	0		4	40,00 bzG
Vorwärtshütte	'	—	4	9 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	41,75 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	46,25 G
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	44,00 G
Erdm. Spinnerei	1	—	4	17,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	40,00 bzG
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	— —
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	26,00 etbzG
Schl. Leinenind.	8	5⅓	4	68,50 B
do. Porzellan	0	—	4	10,00 B
WilhelmshütteMA.	4½	—	4	68,00 B

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Luzern, 8. Febr. Der Verwaltungsrath der Gotthardbahn hat das mit dem Unternehmer des Tunnelbaues, Favre, geschlossene Abkommen genehmigt.

Turin, 8. Febr. Prinz Karl von Preußen ist heute von hier nach Genua abgereist.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen Bureau.)

Wien, 9. Febr. Die ungarische Ministerkrisis ist acut. Heute überreichen sämmtliche ungarische Minister dem Kaiser ihre Demission, dieselben sind bereits angekommen.

Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berlin, 9. Febr. Fürst Bismarck betonte bei dem gestrigen parlamentarischen Diner, daß Rußland von einigen europäischen Mächten Subsidien zur Führung des Krieges mit der Türkei verlangt.

Inowrazlaw, 8. Febr., Abends. Cardinal Ledochowski wurde von der Criminal-Abtheilung des Kreisgerichts heute wegen Uebertretung der Maigesetze, Widerstand gegen die Staatsgewalt und wegen Majestätsbeleidigung zu 2½ Jahren Gefängniß und 300 Mk. Geldstrafe, event. noch 3 Monate verurtheilt.

Groß-Rudno, 8. Febr. Heute Nachmittag 3 Uhr erfolgte die Einführung des Pfarrers Büchs hierselbst unter Assistenz der Pfarrer Mücke, Grünastel und Sterba. Der ultramontane Instructeur versuchte einige Demonstrationen, von welchen die Heulscene am meisten der Wahrhaftigkeit entbehrte. Das nüchterne Publikum begrüßte die Herren Geistlichen mit Ehrerbietung und verhielt sich durchaus anständig.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

London, 8. Febr., Abends. Silbercours schloß 57.

Frankfurt a. M., 8. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 55. Pariser Wechsel 81, 37. Wiener Wechsel 164, 95. Böhmische Westbahn 139½. Elisabethbahn 109¼. Galizier 174½. Franzosen*) 201¼. Lombarden*) 64. Nordwestbahn 94 Silberrente 56⅜. Papierrente 51⅝. Russische Bodencredit 81⅛. Russen 1872 84⅛. Amerikaner 1885 102¼. 1860er Loose 98⅞. 1864er Loose 258, 00. Creditactien*) 122¼. Oesterreichische Nationalbank 690, 00. Darmst. Bank 100⅞. Berliner Bankverein —. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 71. Hessische Ludwigsbahn 95⅝. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 142, 50. do. Schatzanweisungen alte 83 do. Schatzanweisungen neue 81. do. Ostbahn-Obligationen II. 57¼. Central-Pacific 99⅝. Reichsbank 157½. Silbercoupons —. Goldrente 61 3/16. Fest, aber still, Franzosen belebt und höher.

*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 122⅛, Franzosen 201¾, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Galizier —, Lombarden —, Goldrente 61 1/16, Nationalbank —.

Hamburg, 8. Febr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Act. 117½, Silberrente 56, Goldrente 61, Credit-Actien 121¾, 1860er Loose 98¾, Franzosen 503, Lombarden 160, Ital. Rente 71¾, Vereinsbank 118¼, Laurahütte 65, Commerzbank 100¼, Norddeutsche 128¾, Anglodeutsche 36⅛, Internationale Bank 85½, Amerikaner de 1885 97½, Köln-Minden. St.-A. 100½, Rhein-Eisenbahn do. 109½, Berg.-Märk. do. 78½, Disconto 2⅛ pCt. Fest, aber still.

Liverpool, 8. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Stetig. Tagesimport 7000 Ballen, davon 1000 B. amerikanische, 3000 B. ostindische.

Liverpool, 8. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Ruhig. Ankünfte angeboten.

Middling Orleans 6 13/16, middling Mobile 6 11/16, Fair Dhollerah 5 9/16, middl. fair Dhollerah 5 7/16, good middl. Dhollerah 5 5/16, middl. Dhollerah 5⅛, fair Bengal 4 15/16, fair Broach —, new fair Omra 5⅝, good fair Omra 5⅞, fair Madras 5⅜, fair Pernam 6⅝, fair Smyrna 6, fair Egyptische 6⅝.

Newyork, 7. Februar, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 5¾. Wechsel auf London 4, 85. 5/20 Bonds de 1885 108⅝, dito 5% fundirte Anleihe 110¾. 5/20 Bonds de 1887 113. Erie-Bahn 8¾. Baumwolle in Newyork 12¾, dito in New-Orleans 12. Raff. Petroleum in Newyork 26¾. Raff. Petroleum in Philadelphia 26¾. Mehl 6, 10. Mais (old mixed) 60. Rother Frühjahrsweizen 1, 47. Caffee Rio 19⅝. Havanna-Zucker 9⅜. Getreidefracht 5½. Schmalz (Marke Wilcox) 11⅝. Speck (short clear) 9.

Paris, 8. Febr., Nachm. Rohzucker behauptet, Nr. 10/13 pr. Febr. pr. 100 Kilogr. 75, 00, Nr. 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 82, 00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Febr. 84, 50, pr. März 84, 75, pr. April 85, 00, pr. Mai-August 85, 75.

London, 8. Febr. Havannazucker fest.

Antwerpen, 8. Febr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen ruhig. Hafer unverändert. Gerste stetig.

Antwerpen, 8. Febr., Nachmittags [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 47 bez. u. Br., pr. Februar 45 bez. u. Br., per März 42 bez., 42½ Br., per April 42½ Br., per September 46½ Br. — Weichend.

Hamburg, 8. Febr. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Weizen, April-Mai 220 M. Br., 219 M. Gd., September-October —. — Roggen, April-Mai 160 M. Br., 159 M. Gd., September-October —. — Rüböl, Mai 74½ M. Br., 74 M. Gd., October —. — Petroleum, loco 18 M. Br., 17,75 M. Gd. — Spiritus, lauf. Monat 44½ M. Br., 44½ M. Gd., April-Mai 44¼ M. Br., 44¼ M. Gd., Mai-Juni 44¼ M. Br., 44¼ M. Gd., Juni-Juli 44½ M. Br., 44½ M. Gd., Juli-August 45½ M. Br., 45 M. Gd., August-September —.

Wien, 8. Febr. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn] betrugen in der Zeit vom 21. bis zum 31. Januar 272,259 Fl., ergaben mithin gegen dieselbe Zeit des Vorjahres eine Minder-Einnahme von 10,761 Fl.

Berlin, 8. Februar. [Producten-Bericht.] Der Himmel ist leicht bedeckt und die Temperatur mild, trotz frischen Nordwindes. Unser Getreidemarkt verharrt in tiefster Geschäftsstille. Für Roggen war die Stimmung matt und die mühselig zu Stande gebrachten wenigen Abschlüsse auf Termine lassen in den Preisen einige Neigung zum Rückschritt erkennen. Auch loco war wenig Handel; das schwache Angebot genügte der geringen Nachfrage. — Roggenmehl matter. — Weizen ohne Aenderung; es zeigten sich wenig Verkäufer im Markte. — Hafer loco ist voll im Werthe behauptet. Termine sehr ruhig. — Rüböl recht still und matt. Man konnte ein Wenig billiger als gestern kaufen. — Petroleum hat fernere Rückschritte im Preise gemacht, obschon Waare knapp blieb. — Spiritus ohne wesentliche Aenderung. Da der gestrige Fortschritt sich gut behauptete, darf die Haltung fest genannt werden.

Weizen loco 195—235 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer polnischer 225—228 Mark ab Bahn bez., per April-Mai 221 bis 222 M. bez., per Mai-Juni 222½—223 M. bez., per Juni-Juli 223½ bis 224 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 158—183 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 161 bis 162 M. ab Boden bez., neuer russischer 158—166 Mk. bezahlt, neuer poln. — Mark bezahlt, inländischer 176—183 Mark bezahlt, kleiner russ. — Mark ab Bahn bez., per Febr. 162—161½ Mk. bez., per Febr.-März 162—161½ Mark bez., per Frühjahr 163½—163 Mark bez., per Mai-Juni 161½—161 Mark bezahlt, per Juni-Juli 160½—160 Mark bezahlt. Gekündigt 2000 Centner. Kündigungspreis 161½ Mark. — Hafer loco 125 bis 165 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpr. 135—156 Mark bez., russischer 125—150 M. bez., pommerscher 160—163 M. bez., schles. 153—162 Mark bez., galizischer — Mark bez., böhmischer 155—162 Mark bez., ungarischer 137—140 Mark bez., defecter russischer — Mark ab Bahn bez., per Frühjahr 153½—153—153½ Mk. bez., per Mai-Juni 154½—154 M. bez., per Juni-Juli — Mark bez., Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 73 M. bez., mit Faß — M. bez., per Februar 73 Mk. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 73—72,9—73 Mk. bez., per Mai-Juni 72,2 Mk. bez., per Sept.-October 68,2—68 Mk. bez., per Oct.-November — Mk. bezahlt. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Leinöl loco — Mark bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 43 Mark bez., per Februar 36,1 Mark bezahlt, per Februar-März 33—32,5—8 Mark bezahlt, per März-April — Mark bez., per April-Mai — Mark bezahlt. Gekündigt — Bar. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 53,8—6 Mark bez., per Februar 54,3 nominell Mk. bez., per Februar-März — Mk. bez., per April-Mai 55,7 bis 56,1—55,8 Mk. bezahlt, per Mai-Juni 56—56,4—56,1 Mark bez. per Juni-Juli 57—57,3—57,1 Mark bezahlt, per Juli-August 58—58,3—58,1 Mark bezahlt, per August-September 58,5—8—6 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Breslau, 8. Febr. [Hypotheken- und Grundstück-Bericht von Carl Friedländer.] Das Hypotheken-Geschäft war in der ersten Februar-Woche recht ruhig. Trotzdem Geld nichts weniger als knapp ist, und gute Hypotheken auf städtische Grundstücke in hinreichender Auswahl offerirt werden, sind Einigungen über Zinsfuß und Höhe der Darlehnssumme schwer zu erzielen, so daß die Umsätze sich in engen Grenzen halten. Auch das Grundstück-Geschäft war stiller als in der Vorwoche und ließ Verkäufe von Bedeutung nicht bekannt werden.

Breslau, 9. Febr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide sehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen bei schwächerem Angebot preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,10 bis 19,30—21,50 Mark, gelber 17,10—19,10—20,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. neuer 15 bis 16—17 bis 17,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer war schwach gefragt, per 100 Kilogr. neuer 12,80—14,20 bis 15,20 Mark.

Mais angeboten, per 100 Kilogr. 11,20—12,20—13,50 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12—13,70 bis 15,80 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen stärker angeboten, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,50 Mark.

Oelsaaten in ruhiger Haltung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	32	50	30	—	29	—
Winterrübsen	31	50	28	50	27	50
Sommerrübsen	30	—	28	—	27	—
Leindotter	26	50	25	50	23	—

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 7,10 bis 7,40 Mark.

Leinkuchen preishaltend, per 50 Kilogr. 8,60—9 Mark.

Kleesamen schwächer angeboten, rother mehr Kauflust, per 50 Kilogr. 52—58—66—70—75 Mark, — weißer unverändert, per 50 Kilogr. 54—64 bis 67—72—78 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee fester, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl etwas festere Stimmung, per 100 Kilogr. Weizen fein 29—30 Mark, Roggen fein 26,75—27,75 Mark, Hausbacken 25,75—26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8—9 Mark.

Witterungsbericht vom 8. Februar.
7—8 Uhr Morgens.

	Temperat. °Celsius.	Wind.	Wetter.
Memel	— 4	SO. schwach.	Schnee.
Hamburg	+ 5	W. schwach.	ganz bedeckt.
Crefeld	+ 7	NW. mäßig.	ganz bedeckt.
Hannover	+ 6	SW. mäßig.	halb bedeckt.
Leipzig	+ 5	W. schwach.	dreiviertel bedeckt.
Berlin	+ 5	W. schwach.	halb bedeckt.
Breslau	+ 4	NW. mäßig.	ganz bedeckt.
Bamberg	+ 6	W. schwach.	ganz bedeckt.
Carlsruhe	+ 8	SW. stark.	Regen.
Friedrichshafen	+ 6	SW. hart.	Regen.

Barometer Nordwesten seit gestern, Nordosten seit Nachts steigend, Süden gefallen. Norddeutschland bei mäßigem West-Nord-West kühler, wolkig. Süddeutschland bei starkem SW. wärmer, regnerisch, allgemein sehr mild.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 8. 9.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 5°,5	+ 3°,5	+ 2°,9
Luftdruck bei 0°	331''',17	331''',42	330''',43
Dunstdruck	1''',99	2''',18	2''',06
Dunstsättigung	61 pCt.	80 pCt.	80 pCt.
Wind	NW. 3	NW. 2	NW. 2
Wetter	wolkig.	bedeckt.	trübe.

Breslau, 9. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 6 Cm. U.-P. — M. 50 Cm.

? [Richard Wagner-Album] für Gesang mit Pianoforte-Begleitung. Herausgegeben von Otto Leßmann. Berlin und Dresden. Adolph Fürstner (C. F. Meser). Die vorliegende Sammlung enthält die beliebtesten Melodien aus den Opern Rienzi, Fliegender Holländer und Tannhäuser mit deutschem, englischem und italienischem Text. Sowohl die Auswahl der Stücke als das Arrangement derselben verdient volles Lob, die Ausstattung ist höchst elegant. Zudem ist der Preis sehr niedrig gestellt, und wir zweifeln daher nicht, daß sich dieses Album einer weiten Verbreitung erfreuen wird.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.